Hannoversche Fresse

NR 5 NOVEMBER - DEZEMBER 1973

B+S

ARNDT STR.

FREISPRUCH FÜR FRANKE
HEß UND WALDBRENNER !

UJZ BARSINGHAUSEN

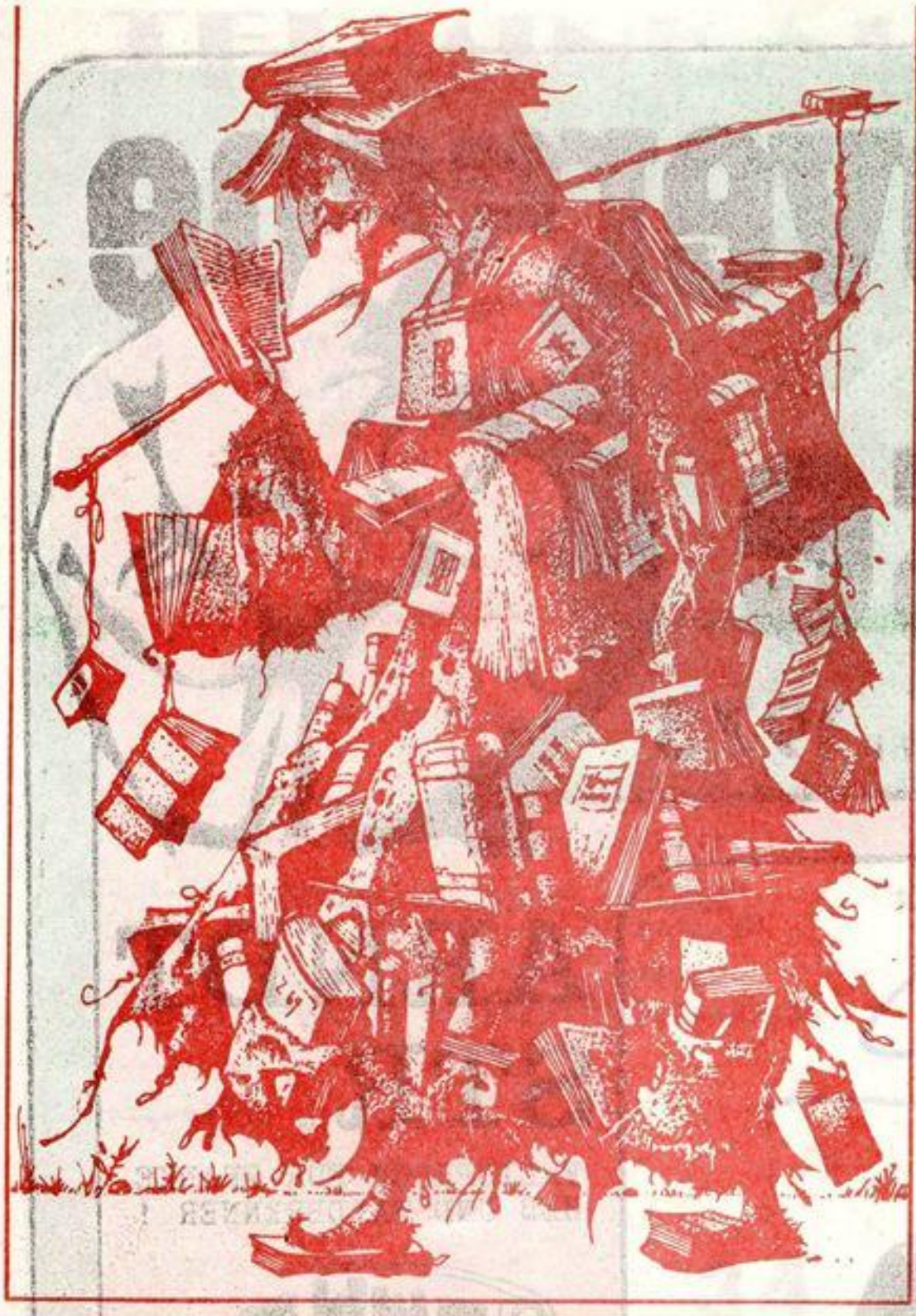
Buchladen

HANNOVERSCHE
FILMTAGE

ORGANISATION ?

terminkalender

1. - DM



INTERNATIONALISMUS BUCHLADEN

im UJZ Nordstadt

Kornstr. 28-30

Der Laden unterstützt

die Jugendzentren

Selbstverständlich keine private Profite

impressum

Hannoversche Fresse

Anschrift des Redaktionskollektivs: O.-H. Boettcher
3 Hannover
Kornstrasse 28-30

presserechtlich verantwortlich: Karl Brohm, Hannover

Druck: Eigendruck
Fotos: Fotodienst der HF
Meldungen, die mit "ID" gekennzeichnet sind, sind dem Informationsdienst (Sozialistische Presseagentur) entnommen.
Anschrift: 6 Frankfurt 1, Homburgerstr. 36 (0611) 77 46 96

Artikel, die vit vollem Namen gezeichnet sind, sind kein Produkt des Kollektivs

Die nächste Ausgabe erscheint im Januar.

Redaktionsschluss ist der 20.12.1973

Gültig ist Anzeigenpreisliste 2/73 (wird auf Wunsch zugeschickt)

Schriftliche Zeitungsbestellungen werden von uns nur erledigt, wenn das Geld (incl. Porto) beigefügt wurde

TERROR BEIM BUND

HANNOVER HF

Der Terror gegen 6 angebliche Mitglieder des Soldatenausschußes "Kampf dem BRD-Imperialismus und Militarismus" in der Scharnhorst- und Rrinz-Albrecht-Kaserne in Hannover erreichte mit den Hausdurchsuchungen am 23. Oktober '73 einen neuen Höhepunkt: In einer gleichgeschalteten Nacht- und Nebelaktion durchwühlten Beamte der Kripo 8 Wohnungen in 5 verschiedenen Städten der BRD und in Westberlin. Sie "fahnden" nach Beweismaterial gegen Mitglieder des antimilitaristischen Soldatenausschußes. Sie beschlagnahmten Bücher, Broschüren, Flugblätter (weil man daraus Ihre Gesinnung ableiten kann" - so eine Kripobeamtin zu dem Bewohner einer Hannoveraner Wohnung), Matrizen zum Drucken und 3 Schreibmaschinen. Betroffen waren nicht nur ehemalige Soldaten, sondern auch fortschrittliche Lehrlinge und Studenten, sogar Freunde und Eltern der verdächtigten Kameraden.
Die vorausgegangenen Hetz- und Verfolgungskampagnen des Militärischen Abschirmdienstes (MAD) gegen Soldaten der Bothfelder Kasernen sind schon veröffentlicht worden. Hier nochmal die gröbsten Verstöße gegen die elementarsten Menschenrechte:

+ Bei Spind- und Autodurchsuchungen der Soldaten ganzer Kompanien wurden in unverschämter Weise persönliche Sachen, wie Notizbücher etc durchkramt!
+ Erpressung (angedrohte Höchststrafe bis zu 5 Jahren Knast), Bestechung (zugesagte Straffreiheit) und Lügen sollten von Verdächtigen ein Geständnis bzw. von Freunden Denuntiotion erzwingen!

Von 7 bis zu 21 Tagen Arrest und 21 Tage verschärfte Ausgangsbeschränkung mußten 6 der beschuldigten Soldaten noch in der Bundeswehr wegen "Störpropaganda" absitzen. Außenblicklich laufen Ermittlungsverfahren für demnächst anstehende Zivilprozeße!

Diese Prozesse dienen einzig der Abschreckung und Einschüchterung der Masse von Soldaten, indem ihre fortschrittlichsten Kameraden kriminalisiert werden sollen. Denn der Widerstand gegen militaristischen Drill und politische Entmündigung in der Bundeswehr wächst täglich. Der Terror gegen diese 6 Soldaten ist kein Einzelfall!

+ Auf Malaktionen, mit denen ein Vietnam-Ausschuß in der Westfalenkaserne(Ahlen) an den Kantinenwänden den Bombenterror der USA in Vietnam verurteilte, reagierten die Militaristen mit massenhaften Spinddurchsuchungen und einem Schießbefehl(im Zusammenhang mit diesen Aktionen wurde darauf hingewiesen, daß auf jeden, der nach dreimaligem Anrufen nicht stehenbleibt, geschossen werden muß!).
+ Auf das Erscheinen der ersten kommunistischen Soldatenpresse in der gleichen Kaserne folgte in einem Tagesbefehl des Brigadekommandeurs der Aufruf zur Denunziation gegen die wegen 9 !!! krimineller Handlungen beschuldigten Herausgeber.
+ Das Verbot des Verteilens von

Flugblättern besteht de facto vor allen Kasernen durch Polizeieinsätze,Spitzel,Besuche bei Eltern.

+ In den vergangenen 2 Jahren haben sogenannte "politische Delikte" in der Bundeswehr um 200 % zugenommen.
+ Die Zahl der Fälle von "unerlaubtem Entfernen von der Truppe" steigt ständig.
+ Im Herbst 72 verweigerten die in der Clausewitzkaserne(Nienburg/Weser) zur Ableistung des Gelöbnisses anstehenden Wehrpflichtigen Rekruten geschlossen das Nachsprechen des Vereidigungstextes.
+ In Munsterlager weigerte sich während einer Parade eine Panzerbesatzung (4 Soldaten) den teuren Blödsinn wei ter mitzumachen und ließen ihren Panzer einfach auf der Strecke stehen!
+ Im September 73 boykottierten alle Mannschaften der Braunschweiger Husarenkaserne geschlossen I4 Tage lang die Kantine,um die von der Wehrbereichsverwaltung genehmigten Wucherpreise wieder herunterzudrücken.

Neben dieser Form der offenen politischen Unterdrückung,häufen sich die Fälle von Anwendung übelster Schikane und Drillübungen,mit denen die Masse der Soldaten täglich traktiert werden,um die "Kampfkraft" der Bundeswehr zu erhalten oder zu erhöhen.Eine Kampfkraft,die allein auf dem Boden von Kadavergehorsam entstehen kann.

+ Der Panzergrenadier Frank Hein aus Vossen mußte für 4 Monate (!) hinter Gitter,weil er sich weigerte,seine Haare schneiden zu lassen.

+ Der Panzergrenadier Boettcher (4. PzGrenBtl. II) trank Alkohol während einer Lagerwache.Von seinem Vorgesetzten erwischt,mußte er deswegen (unter Zusage von Straffreiheit) im Felsgestein einen "vorschriftsmäßigen" Kampfstand (d.h. I60 cm tiefen) ausbuddeln.Nach der Übung in der Kaserne in Hannover erhielt Boettcher dennoch auf Veranlassung von Hauptmann Kasuch 2I Tage Bau.

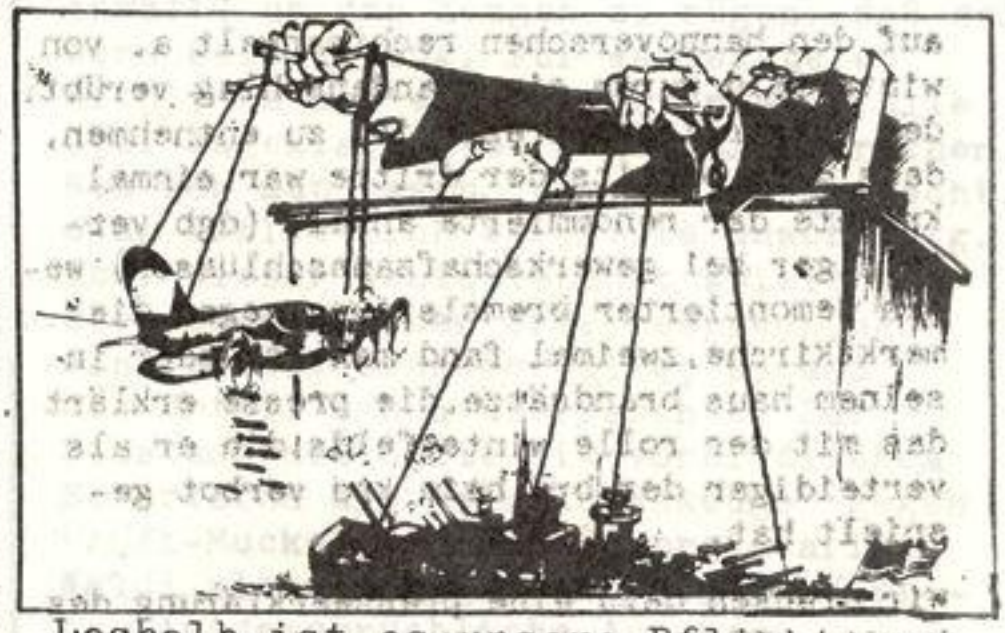
Schon diese wenigen Beispiele zeigen:<u>Kaum ein Wehrpflichtiger leistet den "Dienst am Vaterland" aus Überzeugung,denn eine Armee,die allein mit den Mitteln des Terrors und der Unterdrückung ihren Auftrag erfüllt, kann keine "Verteidigungsarmee" demokratischste Armee der Welt" (Schmidt)"reines Friedensinstrument" im Interesse der Bevölkerung sein!</u>

Doch diejenigen,die diesen Auftrag und die Zustände in der Bundeswehr am entschiedensten anprangern,die einen Schritt weitergehen als "Tage zählen", als Abhauen oder Krankfeiern, als vereinzelte Befehle zu verweigern,die sich zusammenschließen und organisiert das aussprechen,was alle denken,die werden vor die bürgerliche Klassenjustiz gezerrt!

Die Mitglieder des Ausschusses sind angeklagt, in Flugblättern aufgezeigt zu haben:

+ daß die Bundeswehr Rüstungsmaterial an Portugal liefert, das in den afrikanischen Kolonien gegen die Bevölkerung eingesetzt wird.So ist das potugiesische Söldnerheer u.a. mit deutschen G-3 Maschinengewehren oder deutschen Panzerhandgranaten ausgerüstet.
+ daß im Rahmen der NATO auch die Bundeswehr den Einfall in andere Länder probt (NATO-Feuerwehr).
+ daß Offiziere faschistischer Staaten in der Bundeswher zur Unterdrückung ihrer Völker ausgebildet werden: ein marokkanischer Hauptmann war es in der Scharnhorstkaserne.
+ daß die Bundeswehr Bürgerkriegsmanöver durchführt,um den Einsatz gegen das eigene Volk zu proben:In den regelmäßig stattfindenden Wintexübungen werden in riesigen Planspielen die Zerschlagung von Streiks,Meuterei,Demonstrationen und Aufständen der Bevölkerung geprobt.
+ daß der Drill,die Schikane und das Verbot der politischen Betätigung nur das Ziel haben, die Soldaten zu willenlosen Werkzeugen zu machen.

Der drohende Prozeß gegen diese Kameraden ist ein Prozeß gegen alle Soldaten,weil er ein Exempel statuieren und das Verbot von politischer Betätigung in der Bundeswehr untermauern soll.Er ist somit zugleich ein Angriff gegen das ganze Volk,denn welcherArbeiter oder Werktätige will,daß kein Soldat mehr aussprechen darf,wofür die eingetriebenen Steuergelder verschleudert werden,zu welchen Greuel die Produkte ihrer Arbeit eingesetzt werden.Das Verbot von politischer Betätigung in der Bundeswehr widerstandslos hinzunehmen,bedeutet den ersten Schritt der politischen Entrechtung auch im Betrieb,an den Schulen und Hochschulen kampflos das Feld zu überlassen.



Deshalb ist es unsere Pflicht, mit den verfolgten Soldaten in der Bundeswehr Solidarität zu üben,zu verhindern,daß gegen sie politische Prozesse dieser Art geführt und Einzelne zur Abschreckung verurteilt werden!

In diesem Zusammenhang wird gegen folgende Soldaten d.R. ermittelt:

Klaus Oellerer, G.d.R., I. FmBtl. I, PAK
Norbert Neiselke, G.d.R., 4. PzGrBtl. II, SHK
Achim Kirdes, G., Fmkp 772, SHK
Jörg Kratzel, G.d.R., 2. FmBtl. I, PAK
Martin Bunk, G.d.R., 2. FmBtl. I, PAK
Achim Zweygrarth, G.d.R., Stabskp PzGrenDiv I, PAK

Befreie MICH nicht
ICH
BEFREIE
MICH SELBER
!
S.I.S ● S.I.S
syndikat internationale subversion

Giros
Retsina
"PLAKA"
GRIECHISCHE SPEZIALITÄTEN
3 HANNOVER
HILDESHEIMER STRABE 67
TELEFON (0511) 88 55 43
Ouso
Suflaki

anschlag auf winterfeld

H A N N O V E R HF

auf den hannoverschen rechtsanwalt a. von winterfeld wurde ein brandanschlag verübt. der bürgerlichen presse ist zu entnehmen, dass dies bereits der dritte war.einmal krachte der renommierte anwalt (dgb verteidiger bei gewerkschafsausschlüssen) wegen demontierter bremsleitung gegen die marktkirche,zweimal fand man vor oder in seinem haus brandsätze.die presse erklärt das mit der rolle winterfelds,die er als verteidiger der brd beim kpd verbot gespielt hat.

wir drucken dazu eine presseerklärung des komitee II zur unterstützung der raf ab:

das system hat seine handlanger:die lehrkraft in der schule,die das leistungsprinzip durchsetzen soll,"vorbereitung auf den lebenskampf" - klassenkampf ist hier allerdings nicht gemeint;den sozialarbeiter,der den ausschuss des systems verwalten soll und unter kontrolle halten soll: jene,die immer betrogen worden sind und die ohnmacht,die sie erfüllt,allein nicht überwinden können;den staatsanwalt,der anklage wegen "tötung der leibesfrucht" erhebt,wenn eine frau das selbstverständlichste macht,über sich selbst bestimmen;den richter,der judenmörder freispricht und antifaschisten,die das hakenkreuz in der antifaschistischen agitation wie der karikatur verwenden,zu hohen strafen verurteilt,(im namen des volkes),den modejournalisten,darauf angesetzt,frauen noch weiter zu verblöden,wenn das in elternhaus,kindergarten und schule noch nicht vollständigen erfolg hatte;den unteroffizier,der junge männer zu killern drillen soll:welch ein hohn ist da das staatlich genehmigte gewissen und recht der kriegsdienstverweigerung,das paragrafierte " nicht -töten- wollen" audf die "abendländische kultur".

einer aus dieser sauberen clique ist der herr achim von winterfeld (von beruf rechtsanwalt).er hat im april dieses jahres einen ganz besonderen beitrag zur killerrate des kapitalistischen systems geliefert.

FAZ 31.8.73 "Polizist erschiesst mutmasslichen waffenhändler"

FAZ 27.8.73 "Nach Polizeischüssen gestorben"

Bild 2.5.73 "Schrecklicher Irrtum:Polizei erschoss 14 jährigen schüler"

Hamburger Morgenpost 1o.6.72 "Polizei schoss auf 13 jährigen"

HAZ 15.6.72 "Petra Schelm von hinten erschossen ?"

schien es noch bei der ermordung des studenten ohnesorg 1967 in anbetracht des ungewohnten gegenstandes eines politischen mordes in der neueren geschichte der brd opportun,ein verfahren gegen den unmittelbar verantwortlichen ku ras einzuleiten, wurde es offenbar bei den morden an v. rauch,weissbecker und epple im interesse der staatsräson,das heisst auch der sicherheit vor verfolgung für die killer, nicht für sinnvoll gehalten.die eröffnung des hauptverfahrens gegen den mörder macleods,den kriminalobermeister koglin, wurde vor kurzem ebenfalls verworfen.

auf diesem blutigen hintergrund erhält der auftritt des herrn von winterfeld seine besondere weltmännische note:im april forderte v.winterfeld auf einer arbeitstagung der polizeiführungsakademie in hiltrup unter "ausbrechendem beifall" (welt) von staatsanwälten und hohen polizeibeamten den "erlaubten todesschuss". was da losbricht,trifft uns alle und der jubel klingt jetzt noch nach.

wir haben herrn v. winterfeld klargemacht,was wir von seiner juristischen killerberatung halten.

komitee II zur unterstützung der raf

PROZESS
bericht vom 23.nov.73

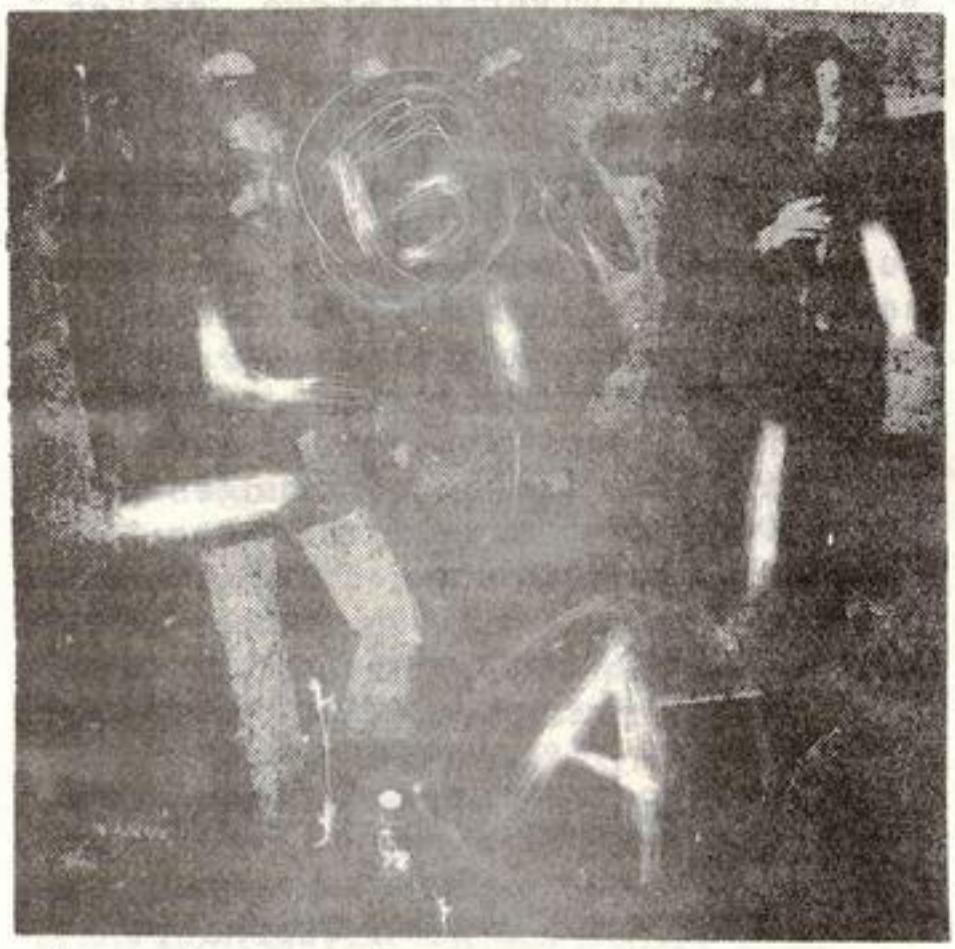
H A N N O V E R (HF)

Es war ein schöner Prozess. Die Richterin war jung und lieb. Der Staatsanwalt bemühte sich jung und lieb zu sein. ("Ich bin ja auch ein Mensch und gar nicht so böse, wie die Staatsanwälte im Fernsehen.") Die Gerichtsdiener scherzten mit den Angeklagten (Konrad Franke, Klaus Heß, Walter Waldbrenner). Diese waren ordentlich und höflich. Nur Waldi kam 5 Minuten zu spät, Was mit humorvollen Bemerkungen von allen Seiten quittiert wurde. Und Bruder Konrad störte die Harmonie gelegentlich durch Versuche, auch mal was zu sagen, wobei die Protokollantin stets ins Schleudern kam.
Sonst schwiegen die Angeklagten. Der Hauptbelastungszeuge gegen Franke - Popo-Bulle Bleidistel - meinte fröhlich, er kenne den Angeklagten wie einen "Bruder", und er schloß mit den aufrichtigen Worten: "Tut mir ja leid, daß ich sie belasten mußten - aber es ist nun mal die Wahrheit."
Der Verteidiger sagte wenig zu den Zeugen. Nur mit dem Staatsanwalt unterhielt er sich angeregt, um die Einstellung des Prozesses zu erreichen. (" Im Namen der Gerechtigkeit gegenüber den anderen Inhaftierten, die nicht angeklagt werden" und mit der seiner Lebenserfahrung entspringenden Erkenntnis: "Junge Leute schlagen nun schon mal über die Stränge.")
Als der Staatsanwalt nicht gleich mitmauscheln wollte, meinte der Verteidiger erstaunt:" Aber so kenne ich sie ja gar nicht!" Mit den älteren Kollegen hätte er besser kommuniziert:"Dann muß ich jetzt mal mit dem Oberstaatsanwalt sprechen."
11 Entlastungszeugen erschienen zu den zwei Verhandlungstagen. Und nur einmal passierte eine Panne, als Zeuge H. die Bullen Bullen nannte und nicht Polizeikräfte. Spontan erhob sich der Staatsanwalt, um den Zeugen zu rügen: daß sei eine Beleidigung. Für wen sagte er nicht. Es war ein weises Urteil. Alle drei Angeklagten wurden freigesprochen. Nun mag man sagen: das ist nur gerecht, denn schließlich waren sie unschuldig. Aber dieser Gesichtspunkt spielt in der westdeutschen Urteilssprechung eine untergeordnete Rolle, so daß das Urteil schon überraschte. Der Staatsanwalt hatte mit vorbildlichem Scharfsinn die Belastungszeugen gegen Profi-Mucker Heß und Subproletarier Waldi als wenig glaubwürdig beschrieben (widersprüchliche Aussagen, schlechte Lichtverhältnisse, großes Durcheinander usw.)
So konnte er - als Mensch - nur zu der Forderung nach Freispruch gelangen. Franke dagegen, mit einer politischen Vergangenheit belastet und von vielen Demos her als Mitläufer bekannt, sei durch 2 Popo-Aussagen zweifelsfrei im Sinne des Strafrechts als Täter überführt. 6 Monate bis 5 Jahre Freiheitsentzug seien für seine strafbaren Handlungen möglich. Der Staatsanwalt forderte:
8 Monate mit Bewährung auf 3 Jahre.

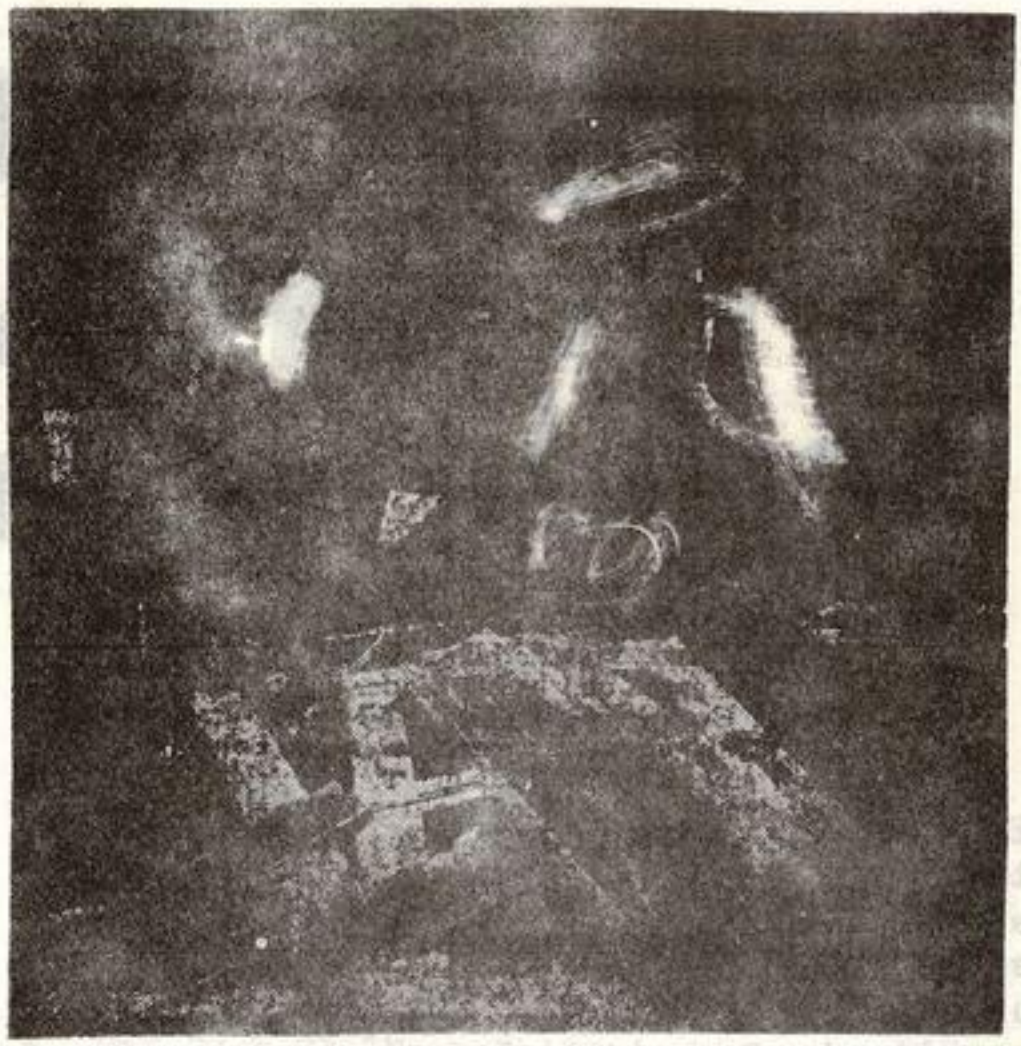
Die nette Richterin meinte nun aber, daß die Popos genausowenig glaubwürdig seien wie andere Bullen. Ausserdem widersprächen sich auch deren Aussagen zum Teil - was allerdings in der bisherigen "Rechtsprechung" von Richtern nur selten überhaupt erfaßt wurde. Nicht, daß die Entlastungszeugen nun so großartig gewesen wären. Aber: im Zweifel für die Angeklagten. Dergleichen hatten die verdutzten Zuhörer wohl noch nie

aus Richtermunde v rnommen. Das Urteil verstärkte nur die harmonisch-vorweihnachtliche Stimmung. Die Angeklagten lächelten verlegen ob der unverhofften Bescherung. Gern hätten sie und alle Zuhörer (darunter nur ein etwas vereinsamter Popo, getarnt mit einem Parka und dem "Spiegel" vorm Gesicht), gern hätten wir dem Staatsanwalt und der Richterin die Hand gedrückt! So konnten wir nur bedauern, daß die eigentlichen Weihnachtsmaänner, Väterchen-Frost Neuffer und sein Knecht Ruprecht-Boge, nicht anwesend waren.

Es war ein politischer Prozeß.Wir haben es fast vergessen:es ging um das erste unabhängige Jugendzentrum in Hannover in der Arndtsraße. Franke,Heß und Waldbrenner sind bei der Räumung des UJZ durch eine 1000 Mann-Bürgerkriegsarmee vom Dach des Nachbarhauses geholt worden.Die Bullen kombinierten:die waren auf dem Dach,vom Dach ist mit ziegeln auf angreifende Bullen geworfen worden.Also haben wir die Schmeißer.Getroffen wurde keiner,aber verfolgbare Strafb stände gab es genug:Hausfriedensbruch sowieso,dann Widerstand gegen die Staatsgewalt, versuchter Totschlag,Sachbeschädigung und Waffenbesitz.Denn,solange Dachziegel in der Hand gehalten werden,gelten sie als Waffe - und wenn



sie unten angekommen sind,kann man sie in der Regel nicht mehr als Dachziegel verwenden,also Sachbeschädigung.
Daß die drei Angeklagten keine Lust hatten,verknackt zu werden - als Warnschuß an alle anderen - ist klar.Daß sie ihre Haut retten wollten und glaubten,das am besten durch



Verdrängung des politischen Hintergrundes zu schaffen,durch ein Eingehen auf die Einschläferungstaktik der Stadt - ist zumindest verständlich.
Daß d ie Justiz die Frage nach dem politischen Hintergrund ausklammerte, konnte nun wirklich keinen überraschen.Die Justiz hängt sich dort,wo sie noch nicht gezielt und bewußt zum Mittel des politischen Terrors wird, an die Illusion,nüchterne Sachverhalte zum Gegenstand zu haben.Vor den Gerichten stehen aber Menschen mit Interessen,Bedürfnissen,Konflikten,die ihrem Verhalten zugrunde liegen;und die dem politischen Herrschaftssystem und ihren Rechtsnormen widersprechen.
Warum haben Jugendliche ein Haus besetzt?Warum wollten sie sich nicht länger mit leeren Versprechungen abspeisen lassen?Warum haben sie sich gegen die Bullen verteidigt?usw.

Hier wird die Aussage verständlich: Dieser Staat,diese Justiz haben gar nicht das Recht über unsere Bedürfnisse zu urteilen!
Natürlich standen die falschen Leute vor Gericht!(Die Politik der Stadt in den letzten 1 1/2 Jahren bestätigt dies indirekt)
Daß die Stadt kein Interesse an einem offen geführten politischen Prozeß hat und auch nicht mehr an einer harten Bestrafung,ergibt sich aus ihrer derzeitigen Strategie.
Erinnern wir uns:
Zu dem ersten(geplatzten)Prozeßtermin im März malte die Presse Schreckgespenster an Kleinbürgerfenster! "Heißer Frühling in Hannover? - Einstellung der Arndtstr.Prozesse gefordert.

heute ist der Prozeß gelaufen und es steht nicht ein Sterbenswort in der Presse.Im Frühjahr waren mehrere Mann schaftswagen der Bullen beim Gerichts gebäude,der Saalzugang war abgesperrt, es wimmelte von Popos.Heute blättert ein milchgesichtiger Popo im Spiegel. Damals gelang wenigstens teilweise eine gewisse Mobilisierung der Jugend lichen(Teach-ins,Malaktionen,Flugblät ter,Demos,Rathaus-go-ins).Heute wird nicht einmal der Versuch gemacht.
Die Einschläferungspolitik der Stadt hat Erfolge verbuchen können. Einerseits bietet man Kooperation an, macht Zugeständnisse und versucht gleichzeitig die Kontrolle über die Jugendlichen zu stabilisieren.Dann wird schnell noch das UJZ Kleefeld eingeebnet,um einen letzten offenkundigen Hort nicht integrationsbereiter, militanter Selbstorganisation zu zerschlagen.Und nennenswerter Widerstand bleibt aus.Dies kennzeichnet ein poli tisches Klima der Ohnmacht,Widerstand erscheint sinnlos.Unsere Politik soll begrenzen auf Kooperation,Kompromisse Reformvorschläge - sie soll Selbstmord begehen.Der Prozeß und das Urteil passen nicht schlecht in diese Strate gie.(Daß hierzu Absprachen stattgefunden haben,hat der Staatsanwalt im Prozeß selbst eingeräumt.)

Wir können in diesem Artikel nicht auf unsere Fehler eingehen,die zur heutigen Situation nicht unwesentlich beitrugen.Fragen und Probleme gibt es mehr als Antworten:
Welche Funktion kann und soll ein UJZ haben?
Ist in dem Bereich "Jugend","Freizeit", "Jugendzentrum" mit seiner begrenzten Konfliktlage revolutionäre Politik überhaupt möglich?
Welche Jugendliche mit welchen Bedürf nissen und Problemen kommen in ein UJZ?
Welche Funktion können Revolutionäre dabei haben?
Wie kann eine Isolierung verhindert werden?
Teilweise Zugeständnisse und Integrationsversuche einerseits und Praktizie rung und Androhung von offener Gewalt andererseits - in diesem Rahmen beweg te sich bürgerliche Politik gegenüber den Unterdrückten schon immer.Das werden Jusos und andere "wahre Demokraten" vielleicht nie begreifen.
Aber das sind die Mittel,um uns zu sp alten,zu entmutigen und zu integrieren.
Gegen offene Gewalt und Terror reicht die moralische Empörung nicht aus.
Besonders wenn diese sich auf die bestehende "Freiheit" und "Demokratie" beruft,die selber(als scheinbar gewaltlos) nur zustande kommen kann,auf der Basis der "freiwilligen" Selbstunterdrückung der Massen,d.h. des Ver zichts auf wirkliche Autonomie und Emanzipation.
Die Anwendung einer liberalen, demokratischen Politik setzt diesen Verzicht (zumindest langfristig) immer voraus. Das heißt, wer heute in einem gesellschaftlichen Bereich (und an sich selber) emanzipatorische Arbeit leistet, darf sich einfach nicht einbilden, daß ihn die bürgerliche Gewalt ungeschoren läßt.Politische Arbeit muß immer Gegengewalt intendieren, sonst wird sie zum Freizeithobby.

Keiner der Genossen kann den Zufall, daß noch nicht er vor Gericht steht, als das persönliche Pech jener anderen interpretieren, die angeklagt und verknackt werden.
Wir können dies alles zunächst wirklich nur für die Situation in Hannover begreifen. In Hamburg werden Hausbesetzer (Eckhofstr.) zur Zeit mit Einschüchterungsurteilen eingedeckt: 1 Jahr ohne Bewährung (für einen nicht vorbestraften), für Delikte, die selbst die bürgerliche Presse als nicht erwiesen ansieht.
Von den RAF-Prozessen ganz zu schweigen, wo ganz offensichtlich nicht nachgewiesene Staftaten, sondern politische Überzeugungen verfolgt und verurteilt werden.
Die allgemeine Tendenz in der BRD läuft auf eine Verschärfung des politischen Klimas hinaus. Aber Zuckerbrot und Peitsche schließen sich nicht aus.
Anfang nächsten Jahres wird voraussichtlich der vorerst letzte Strafprozess wegen der Arndtstr. stattfinden. Angeklagt ist Rolf Durang, durch faule Popo-Lügen des versuchten Totschlags beschuldigt.
Und dieser Prozeß wird im positiven Sinne politisch sein!

GRIECHENLAND

(ID/LIBERATION/ED)
23. 11. 73

Widerstandskampf gegen die Junta

Dem offenen Aufstand griechischer Studenten und Arbeiter gienen am Sonntag, dem 11. November die Demonstrationen tausender griechischer Bürger am Grabe des vor 5J. verstorbenen ehemaligen Ministerpräsidenten Papandreou voraus. Während des Prozesses gegen 17 in diesem Zusammenhang verhafteten Personen, kam es zu für das Regime entlarvenden Zwischenfällen; ein Mann war angeklagt, während der Demonstration "nieder mit dem Faschismus" gerufen zu haben. Der Zeuge der Verteidigung, ex-Minister Mavros, solidarisierte sich vor Gericht mit diesem Satz und forderte seine Verhaftung. Mavros konnte den Gerichtssaal jedoch als freier Mann verlassen, während der Angeklagte verurteilt wurde. Diese Ereignisse machten vielen Griechen klar, daß das Regime, das sich seit dem Referendum vom 29. Juli um den Anschein von Demokratie bemüht, genauso Faschistisch ist wie vorher. Dieser Einsicht folgten die Widerstandsaktivitäten, die am Freitagabend offen einsetzten.

Ein Augenzeuge berichtet:" Die Ereignisse haben am Freitag, den 16. November, gegen 18 Uhr begonnen, als Demonstranten, die sich um die technische Universität gesammelt hatten, versuchten, sich zum Platz der Verfassung zu begeben. Dort begannen die ersten Zusammenstöße zwischen der Polizei und den Demonstranten. Am Omoniaplatz und in den Straßen zum Großmarkt kommt es zu regelrechten Schlachten:

> auf den Straßen lagen hinterher viele Tote und schwer Verletzte. Polizei und Militär haben Straßensperren aufgebaut und Tränengas eingesetzt.Es sind rund 20 000 Menschen im Zentrum von Athen.Innerhalb kurzer Zeit ist die Hauptstadt eine Hölle von Rauch, Tränengas und Feuer, das an verschiedenen Stellen angezündet wurde, um die vorrückenden Panzer zu stoppen."

Die Panzer, die wenige Stunden später gegen die technische Universität vorrückten.

Ein Augenzeuge:"Die Panzer fuhren aus drei Richtungen auf die Technische Hochschule zu. Um 1.20 Uhr haben sie die TH bereits eingekreist

> Die Menschen, die sich hinter dem Zaun aufhalten, rufen den Soldaten und Polizisten zu: Wir sind eure Brüder, wir sind nicht bewaffnet!
> Die Panzer richten die Rohre gegen die Hochschule, die Studenten singen die Nationalhymne, ihre Sender geben Parolen bekannt Um 2.45 Uhr hat es eine kurze Pause des Senders gegeben. Um 2.57 Uhr hat ein Panzer das eiserne Tor eingefahren, und Soldaten mit aufgepflanztem Bajonett sind in die Räume der TH eingedrungen. Die Studenten kamen mit erhobenen Händen heraus."

Am Samstagmorgen bieten die Straßen Athens das Bild eines Schlachtfeldes: zerstörte Autos und Busse beschädigte Hausfassaden und demolierte Geschäftsauslagen. Um 11.30 Uhr werden für Athen und Saloniki, später für das ganze Land, der Belagerungszustand ausgerufen. Um 13.10wird die Pressezensur eingeführt: mehrere Zeitungen, wie die regimekritischen Blätter"Vima" und "Athen NEWS" verweigern aus Protest ihr erscheinen . Weiter Maßnahmen des Kriegsrechts treten in Kraft:

> Ansammlungen von mehr als 5 Personen unter freiem Himmel werden verboten, ebenso Versammlungen in geschlossenen Räumen, sowie Fußballspiele, der Besitz von Waffen und jegliche Form "antinationaler Propaganda".

Verboten ist weiterhin:

> Die Aufnahme von Gästen, das betreiben von Amateursendern sowie Hamsterkäufe.
> Zuwiederhandelnde sollen vor ein Militärgericht gestellt werden!!

Bis Sonntagabend lieferte die Bevölkerung der Polizei und dem Militär offene Gefechte in den Straßen Athens. Aufschriften auf Mauern und Appelle der Piratensender riefen

Sonntagabend zum Generalstreik auf. Die Bauarbeiter, die schon immer eine Avantgarde -Rolle in griechischen kämpfen einnehmen, sind Montag früh in Streik getreten und haben inder Innenstadt demonstriert. Gegen Mittag haben sie sich gegen Elite-Einheiten des Militärs (Marine und Feilschirmspringer) und Spezialeinheiten der Polizei gestellt. Montag waren die Geschäfte im Zentrum geschlossen, und mehrere Radiosender riefen weiter zum Generalstreik und Aufstand auf. Am Nachmittag in einem Arbeitervorort fand eine wichtige Versammlung statt, um dem ersten von der Junta erlaubten Begräbnis beizuwohnen. Es handelte sich um die Begräbnisfeierlichkeiten eines 4 Jahre alten Jungen, der in den ersten Stunden der Zusammenstöße getötet worden war.

Nach mehreren Tagen erbitterten Kampfes gegen das Regime schätzt ~~das Panhellenische~~ das Büro der panhellenischen Befreiungsbewegung im Rom 200 Tote und ungefähr 2000 Verletzte.

Am Dienstag herrschte Ruhe in Athen die Friedhofsruhe der Faschisten, geshützt von der 6. Flotte der Amerikaner im Mittelmeer, die in Alarmbereitschaft versetzt worden war. Ein Flugzeugträger befand sich in dem Moment, als die Panzer gegen die Demonstranten vorging, im Hafen von Piräus.

Nach offiziellen Quellen wurden nach den Kämpfen um die TH 224 Personen festgenommen, in Wirklichkeit ist die Zahl der Verhafteten aber viel höher als offiziell zugegeben wird. Wie in Santiago werden die während der Polizeiaktion festgenommenen in große Stadien gebracht. Auch aus Saloniki werden Massenverhaftungen gemeldet: Seit Sonntag wurden dort annähernd 1000 Personen verhaftet.

Ein Sondermilitärgericht in Athen und andere Militärtribunale im ganzen Land bereiten die Aburteilung von Demonstranten und Teilnehmern an an Widerstandsaktionen vor.

5 Arbeiter wurden bereits unter der Anklage die "Sicherheit und Ordnung des Landes" gestört zu haben, zu 4 Jahren Gefängnis verurteilt.

Gewerkschaftler und Mitglieder KP, die im Zuge der Generalamnestie vom 19. August begnadigt wurden, sind von neuem Verhaftet worden.

In der BRD fanden mehrere Demonstrationen in der vergangenen Woche statt: in Frankfurt zogen etwa 6000 Leute, unter ihnen viele griechische Emigranten, vor der griechischen Botschaft vorbei.

Pool-Billard

kleine kurve

Krökel-Automat

gemütliche kneipe im süden hannovers

Am Lindenhofe 37 Inh.: Doris Eilbrecht Strassenbahn 1,8,11,16 bis Peiner Strasse

wetzlar

ANARCHISTENFAHNDUNG!!

BULLENUEBERFALL auf ANARCHOBUERO Rhein/Main:

(A P H)

Am Wochenende vom 1o.,11. Nov. wurde im Raum Wetzlar/Gießen eine spektakuläre Polizeiaktion, in deren Verlauf 17 Genossen vorübergehend eingelocht, die Kommune Oberbiel und das Anarchistische Koordinationsbüro Rhein/Main ohne Haussuchungsbefehl überfallen , diverse Akten und Korrespondenz beschlagnahmt wurde, durchgeführt. In der Bürgerlichen Presse und im Zdf wurde von angeblichen "heißen Spuren" und "aufschlußreichen Hinweisen" über Verbindungen zur Roten Armee Fraktion (RAF) berichtet.
WAS GESCHAH WIRKLICHI IN WETZLAR ?

Donnerstag:
Vier Genossen aus Oberbiel und Berlin machen eine Kneipentour durch Wetzlar. Am frühen Morgen werden sie plötzlich von einem Bullenwagen gestoppt, alle werden dursucht der ganze Wageninhalt auf die Straßw geworfen. Papiere von gestohlenen Autos werden allerdings nicht gefunden, von denen ist erst am nächsten Tag die Rede; nachdem die Genossen schon einen Tag im Knast sitzen, und der Wagen beschlagnahmt ist, will die Kripo solche Papiere gefunden haben! Die Festname erfolgte in der Nähe eines Lebensmittelgeschäftes, in dem laut Bullen vorher eingebrochen wurde. Im Wagen werden keine Geklauten Sachen gefunden. Außerdem geschah die Festnahme eine 1/4 Stunde nach dem Einbruch, ein paar Straßen vom Laden entfernt. Hätten die Genossen tatsächlich den Bruch begangen, so würden sie sicher nicht solange im Wagen auf das Erscheinen der Bullen warten! Angeblich wurde der Einbruch von einem Anwohner beobachtet, der die Vier im Dunkeln erkannt haben will. Der seltsame Zeuge ist allerdings nie aufgetaucht!Im Auto werden Bücher, die sich mit dem Anarchismus befassen, gefunden! Das Wort "Anarchismus" macht laut die Runde unter den Bullen. Kurz darauf erklärt einer:"Sie sind alle festgenommen!"
Auf der Kripostation versucht man den vieren mit rüden Verhörmethoden und Schlägen ein Geständnis wegen des Einbruchs abzupressen. Natürlich werden keinerlei Aussagen gemacht.

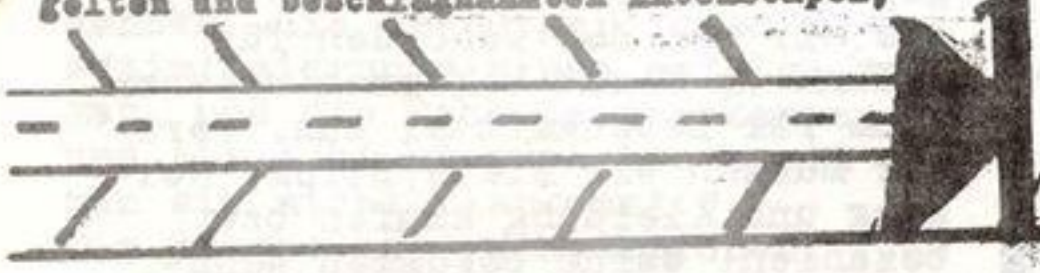
Freitag:
Im Verhör hat die Polizei erfahren, das zwei in der Kommune Oberbiel wohnen. Das war natürlich endlich eine Gelegenheit eine Hausdurchsuchung in der Kommune zu vollziehen. Am Freitagmorgen wird das Haus von einem großen Polizeiaufgebot umstellt, um eine Hausdurchsuchung durchzu führen.Weshalb? Diebesgut aus dem angeblichen Einbruch konnte ja unmöglich nach Oberbiel geschafft worden sein, denn man hatte die angeblichen Täter ja "auf frischer Tat" erwischt. In der Tat kümmern sich die Bullen bei der Durchsuchung auch nicht um gestohlene Lebensmittel, sondern ausschließlich um bedrucktes Papier. Es war also eine ganz eindeutige politische Aktion , Ein angeblicher Einbruch diente nur als Aufhänger.
Die Bullen drangen ohne richterlichen Haussuchungsbefehl ein und hausten wie die Wandalen. Sie trampelten auf den Betten herum, kippten Mülleimer und Taschen auf dem Fußboden aus, Akten wurden geöffnet und der Inhalt auf den Boden geworfen, die Tapeten wurden zum Teil von den Wänden gerissen, ein Loch wurde in eine Tür geschlagen.
Da man aber keine Waffen oder Sprengstoff finden konnte, wurden wahllos Briefe, Akten Geschäftsunterlagen, Schreibmaschinen, etc. fast das ganze Büro wurde ausgeräumt, mitgenommen.Gegen 13 Uhr wurden alle Bewohner unter großem Bullenaufgebot in die Wagen verfrachtet. Die inzwischen freigelassenen der letzten Nacht wurden erneut eingelocht. Mittlerweile waren 14 festgenommen, denn alle im Laufe des Tages eintreffender Besucher wurden gleich mit festgenommen. Die Leute wurden in Einzelhaft auf die umliegenden Gefängnisse verteilt.Teilweise herrschten dort unmenschliche Bedingungen: die ganze Nacht brannte Licht, vollaufgedrehte Heizungen, nichts zu Trinken, keine Klos...
Ein Genosse bekam erst nach 18 Stunden, nach heftigen Protesten,was zu Essen.
Alle wurden erkennungsdienstlichbehandelt, Photos, Fingerabdrücke...

Sonnabend:
Am Vormittag wurden alle einzeln vernommen. Es tauchte auch der Vorwurf einer "kriminellen Vereinigung" §129 auf.Mittlerweile war auch der Anwalt eingetroffen, der erst nach 14 Stunden benachrichtigt werden konnte.
Zwischenzeitlich wurden 2 Genossen, die sic

h über die eingelochten erkundigen wollten, kurzerhand festgenommen.
Keinem der insgesamt 17 Festgenommenen konnten irgendwelche strafbaren Handlungen nachgewiesen werden, und gegen 17 Uhr erfolgte die Freilassung

EIN SCHLAG INS WASSER

Genossen der rh's Gießen und Marburg hatten inzwischen schon Flugblätter verteilt. Auswärtige Gruppen wurden informiert, ein Sonderinfo von RH & Schwarzkreuz herausgegeben. Allgesamt gesehen gelang es hervorragend über die brutale Bullen aktion zu informieren. Viele Nachbarn der Kommune Oberbiel solidarisierten sich gegen Den Bullenterror. Es wurden Geldspenden, Kuchen und Wein von den Anwohnern gebracht.
Die Bullen selbst haben sich durch diese nicht geplante und fehlgeschlagene Aktion stark blamiert. Nach den erst veröffentlichen Erfolgsmeldungen der "Anarchistentag d", mußten diese später dementiert werden. Dem Genossen Rechtsanwalt ist es mittlerweile gelungen, die bei der Aktion versiegelten und beschlagnahmten Aktenstapel,



zurückzufordern. Die ganze Aktion hat sich für die hessischen bullen als ein Schlag ins Wasser erwiesen.
Diese Aktion darf man keinesfalls isoliert betrachten, sondern sie ist nur eine Erscheinungsform, der ständig faschistäider handelnden Staatsgewalt. Sie ist voll und ganz ein Bestandteil der Terrorhandlungen der Genscher-Springer'Bande, die in Diffamierungen der Linken ansetzt, Brutale Zerschlagung von Hausbesetzungen und Streikbewegungen, Faschistische Schauprozesse wahllose Verhaftungen und Folterungen in Gefängnissen implizient, und ihren Kulminationspunkt in der legalisierten Ermordung von B. Ghaes orge, P. Scholm, Mc.Leod, Georg von Rauch.. erreichen.
Zum Anderen [redacted] diese Aktionen bei Provinzgruppen, wie in Oberbiel, nur eine ernste , beginnende Offensive der Staatsterroristen der Spd und des Großkapitals, einzuleiten.

Anmerkung:
Die in der bürgerlichen Presse erwähnte Beschlagnahme einer Kartei mit 1000 Anarchoadressen ist falsch. In der Kommune sind nie Adressenkarteien gefunden worden. Hierauf seihen besonders ausgeflippte Berliner hingewiesen.

Was wir brauchen, müssen wir uns nehmen. *Multinationale Betriebsarbeit der Gruppe „Arbeitersache" in München*

Die Entwicklung eines Ansatzes von revolutionärer Betriebsarbeit seit 1970. Dargestellt werden einerseits politische Grundpositionen: die Notwendigkeit für eine wirklich multinationale Organisierung/die Untersuchungsarbeit/Arbeiterautonomie/Externe Arbeit etc. Andererseits die wichtigsten Kampagnen und Ereignisse im Betrieb bis 1972.

ca. 140 Seiten ca. DM 5.80

Proletarische Front

Arbeiterkampf in Deutschland. *Klassenzusammensetzung und Kampfformen der Arbeiterklasse seit dem Nationalsozialismus*

Der erste Versuch, darzustellen, wie das Kapital als politische Antwort auf 1918 einen neuen Typ von Arbeitern durchsetzte: den Massenarbeiter. Immer war es das Kapital, das den Angriff dieser Schicht zurückschlug, während die Arbeiterbewegung sich weiter an den Inhalten der Facharbeiter orientierte.

174 Seiten DM 7.80

SCHALLPLATTEN aus Afrika, Irland, Lateinamerika, Vietnam, USA, ITALIEN

Index 15.00 NEU LP 33/30
von der Politrockgruppe KomKo

Arbeitersache
Wir befreien uns selbst
LP 33/30
DM 15,00

Zur Zeit läuft gegen die Mitglieder des Trikont-Verlags ein Verfahren wegen „Staatsverleumdung". Anlaß ist die Platte WIR BEFREIEN UNS SELBST von der Gruppe Arbeitersache München, wo wahrheitsgemäß gesagt wird, daß in diesem Staat Menschen am Fließband kaputgemacht werden, Hausbesitzer Leute terrorisieren, . Jugendliche unterdrückt werden.

TRIKONT
8 München 80 Josephsburgstr. 16

Der Westen wird rot. *Die „Maos" in Frankreich: Gespräche und Reportagen. Eingeleitet von J. P. Sartre*

Gespräche mit Arbeitern, Frauen, Schülern, Jugendlichen, Bauern, die in den vordersten Reihen der Kämpfe stehen. Sie wissen, die Bedürfnisse der Massen lassen sich nur „illegal" verwirklichen – und das bestimmt ihre Kampfformen gegen die Arbeitshetze, das schlechte Leben, die Preise. Ein Text, der verstehen läßt, warum das Kapital in Frankreich die „Maos" fürchten gelernt hat.

200 Seiten DM 12.80

Rita di Leo

Die Arbeiter und das sowjetische System. *Die Entwicklung von Klassenstrukturen und Klassenherrschaft in der UdSSR*

Dieser historisch-analytische Text verfolgt die These, daß der Kapitalismus in der SU nie beseitigt worden ist. Die Stachanovperiode und die neue ökonomische Politik z. B. sind gleichzusetzen insofern, als das Weiterbestehen des Klassenwiderspruchs durch ideologische Mythen verschleiert wurden. Eine theoretische Provokation für die Linke.

227 Seiten DM 14.80

Brüssel (MPL/ID)

Fest in der Unterstadt

18. 11. 73

Brief eines Korrespondenten:

"Vergangenen Sonntag trafen sich 300 bis 400 Leute, vor allem junge Leute, in der Unterstadt von Brüssel, um die Abwesenheit von Autos auszunutzen. Nun, wir sind auf der Straße rumspaziert, haben gesungen und getzanzt. Wir waren verkleidet, geschminkt, schon ganz schön folkloristisch. Die Musik hat für diesmal den Krach von Auspuffen und Hupen ersetzt, der sonst gewöhnlich herrscht. Tambourine, Trommeln, Saxofone haben sie mitgebracht. Das Quartier war aufm Fest, in Stimmung. Einmal haben wir eine lange Kette gebildet um einen Wagen des Diplomatischen Corps zu behindern, der ja fahrerlaubnis hat. Das war gut! Wir haben ihn aufgehalten, aber schließlich ließen wir ihn durch, weil einige meinten, daß die Polizei eingreifen würde. Später sind noch die Musiker von Graeme Allwright dazugekommen, auch ein paar Typen von der Theatergruppe "zero de conduite" Bei der Münze haben w wir einen Kreis gebildet und Spielchen gemacht, sowas wie "ich hab mein Tasc entuch verloren". War ganz schön lustig. Also, bis zum nächsten Sonntag..."

Liverpool (PNS/ID)

Englische Docker boykottieren Chile 14. 11. 1973

Die liverpooler Dockerboykottieren die aus Chile kommenden Schiffsladungen. Sie weigern sich seit ~~langem~~ einigen Tagen, die chilenischen Ladungen zu entladen. Als Zeichen des Protests gegen das neue faschistische Militärregime in Santiago befolgen die Docker damit den Boykottaufruf, der kürzlich durch die Transportgewerkschaft an den nationalen Verband ausgegeben wurde. Ebenso, wie die liverpooler Docker haben sich die Arbeiter der Tyneside Werft geweigert, die notwendigen Erneuerungsarbeiten an zwei chilenischen Zerstörern fortzusetzen.

Hamburg (ID)

Randgruppenkollektiv erkämpft sich höhere finanzielle Unterstützung

9. 11. 73

Am 1.11.73 sind Mitglieder des Randgruppen-kollektivs Neugraben vor der st. petri Kirche in Hungerstreik getreten. Diese Aktion lief unabhängig von den in Hamburg etablierten politischen Gruppen. Die Randgruppenleute verteilten während des Hungerstreiks folgendes Flugblatt, um auf ihre Schwierigkeiten hinzuweisen:

"Freiheit für uns

Wir sind eine Gruppe von ehemaligen Heim-,Knast- und Psychiatrieinsassen, Drogen- und Alkoholabhängigen. Wir wohnen in zwei Häusern zusammen und nenen uns Randgruppenkollektiv. Wir haben uns zusammen getan, um mit anderen, die genauso in der Scheiße hängen wie wir, gemeinsam dagegen zu kämpfen. Die 1500 DM, die wir von den Behörden für 20Mann im Monat bekommen reichen kaum für Lebensmittel aus. Ferner müssen wir Miete,Strom, Heizung und Kleidung kaufen bzw. bezahlen. Warum bekommen Wohngruppen wie z. B. Reitbrook (staatl. eingerichteter Verein) in einem Monat 2700DM und wir nur ein paar Pfennig.pro Mann. Das liegt daran, daß wir den Kack nicht mitmachen wollen.

Wir brauchen keine Erzieher, Pädagogen, Psychologen und sonstige Unterdrücker!!

Die Behörden und ihre Sozialarbeiter können garnicht daran interessiert sein, daß es uns besser geht. Denn wenn dies der Fall wäre, müßte sie sie genau die gleiche Scheiße machen wie wir. Diese feinen Herren!

Wir haben uns gemeinsam entschlossen, einen Sitz- und Hungerstreik vor dem Eingang der Jugendbehörde Hamburgstr. zu machen. Wir werden so lange kämpfen, bis unsere Forderungen bedingungslos erfüllt werden.

Wenn ihr meint, daß ihr in der gleichen Scheiße hängt wie wir , kommt vorbei, macht mit, unterhalte euch mit uns ---

hamburg

|fortsetzung|

Die Forderung des Kollektivs waren: 1068 DM propersen Anerkennung als Eingliederungseinrichtung, sodaß offiziell Leute aus Heimen legalisiert werden können.

Bei einem Gespräch mit ihnen erfuhren wir, daß das Randgruppen-Kollektiv keine unpolitische Gruppe ist, denn einer solchen würden die Behörden nicht die notwendigen Gelder verweigern," Sie (die Behörden) sehen zwar den ideologischen Hintergrund aber verstehen ihn nicht". Das Kollektiv arbeitet ohne jeden institutionalen Mitarbeiter und es gibt kaum Ähnlichkeit mit dem SPK (sozialistisches Patienten-kollektiv, Heidelberg), da es eine andere Geschichte hat, das heißt, nicht an der Universität entstanden ist, aber "die Tendenzen, die im bürgerlichen resozialisierungs sinne erfolge zeigen, muß die Behörde anerkennen und sie schickt auch Leute mit denen sie nicht klarkommt."
Die Gruppe hat auch Aktionen, "z.B. Patientenvorführungsverhinderungen und theoretische Arbeit" gemacht, doch immer so,"daß wir nicht in einen unsinnigen Streit mit den Ordnungskräften kamen. Unsere Arbeit mußte von den Behörden anerkannt werden." Sie sind dazu durch die Erfolge dieser alternativen Arbeit gezwungen. Inwieweit die Stadt versucht dies jetzt reaktionär auszuwerten,kann man an den Kontrollen und Auflagen sehen, die das Kollektiv jetzt bekommen sollte.

"Ein drittel unserer Forderungen wurde erfüllt. Pro Patient bekommen wir jetzt 722,70DM. Wir mußten uns für dieses Angebot entscheiden, da wir begriffen, daß wenn wir ablehnen würden, man uns über die Presse und so leichter fertig machen könnte." Es gab auch Leute, die für weiterstreiken waren, da man sich klar war, "daß sie uns damit leichter inden Würger kriegen, aber auch, daß man hier in Hamburg SPK nr. 2 gehabt hätte,etwas zum zerschlagen (SPK wurde kriminalisiert und dann durch äußerst brutale Polizeieinsätze zerschlagen, Mitglieder wurden ,ebenso wie die RAF-genossen vom Unterdrückungsaparat gejagt) und so hat sich dann durchgesetzt, daß wir diese Scheißvorschläge annehmen."

Die 2. Forderung wurde seitens der Behörden erfüllt!

Für Leute die mehr wissen wollen oder Interesse haben,mitzuarbeiten:
Gemeinnütziger Verein
Randgruppenkollektiv e. V.
2104 Hamburg 92
C. Thaver + 12

APOLLO KINO

Apollo Hannover Limmerstraße 50
Haltestelle Grothestraße
Täglich 18.15 u. 20.30

Eintritt:
DM 3,50 Studenten etc.: DM 2,50
Wählt Eure Filme selbst

restauranté español

COSTA DEL SOL

täglich
12' mittags bis 2' morgens,
montags ruhetag

kopernikusstr. 6

HALTESTELLE:
LUTHERKIRCHE, linie 6,8

Hamburg ED

Eine weit über dem durchschnitt der vergleichbareh bevölkerungsgruppe liegende selbstmordziffer bei bundeswehrsoldaten wurde bei einer tagung von militärmedizinern in hamburg festgestellt.nach angaben des oberstarztes dr.brickenstein haben sich seit einführung der allgemeinen wehrpflicht 945 soldaten das leben genommen.gleichzeitig nehme die zahl der selbstmordversuche rapide zu. diese entwicklung wird in zusammenhang mit erhöhtem alkoholgenuss und drogenabhängigkeit gesehen.

NACH

+++ Achtung: die bezeichnung "ölkrise" ist unrichtig+ vielmehr ist es eine kriese des kapitalistischen systems und die folge der katastrofalen abhängigkeit der brd von der usa+ mir geht es gut+fließe unvermindert weiter+ euer öl+++

lehrlinge :

in einem rundschreiben der südniedersächsischen co-op-zenrale göttingen,das 1970 an alle ladenleitungen verschickt wurde, kann man nachlesen,wi wichtig lehrlinge,z.b. für den einzelhandel sind:

"haben sie schon zum 1.april 1971 einen bzw. zwei lehrlinge für ihren laden geworben?

wenn nicht,wird es allerhöchste zeit.

sehen sie noch einmal in ihre leistungs- und umsatzstatistik hinein,und denken sie noch einmal über die höhe ihrer personalkosten nach.
nur mit lehrlingen und teilzeitbeschäftigten -richtig,sinnvoll,planmässig eingesetzt -können wir die personalkosten im griff behalten.

nehmen sie diese lehrlingswerbung nicht auf die leichte schulter.sie ist für die zukünftige entwicklung unseres gemeinwirtschaftlichen unternehmens von grösster wichtigkeit."

Reutlingen (ID)
Tödliche Schüsse aus einer "Dienstpistole"

In der Nacht zum 12. 11. wurde in Reutlingen der21-jährige Horst Gewitsch aus Metzingen erschossen. Gewitsch hat versucht, in die Gebrauchtwagenhalle der Firma Max& Moritz (VW-Vertretung) einzubrechen. In der Erlärung der Kriminalpolizei und Staatsanwaltschaft steht es so, daß er beim Einbruch überrascht und in der Halle von Beamten mit dem Ruf:"Halt, Polizei, stehenbleiben!" zum Halten aufgefordert und dann:" nach angaben der beteiligten Polizeibeamten duckte sich der Einbrecher auf diesen Anruf hin und drehte sich gleichzeitig zu einem in drei Meter Entfernung stehenden Polizeibeamten hin und nahm nach dessen Auffassung eine Angriffshaltung ein. Dieser Polizeibeamte fühlte sich dadurch direkt bedroht und schoß deshalb mit seiner Dienstpistole auf den Einbrecher, den er in der Dunkelheit in dessen Umrissen erkannte." Horst Gewitsch wurde in den linken Arm und in die Brust getroffen und war sofort tot.

Bis ende September wurde in verschiedenen Zeitungen über 10 ähnliche Diensthandlungen berichtet.

richten

Bonn ED

die in der bundesrepublik studierenden studenten aus südvietnam werden von der saigoner botschafz in bonn ständig einer politischen kontrolle unterzogen.das berichte n zwei betroffene auf einer tagung der initiative internationale vietnam solidarität in frankfurt.die südvietnamesische botschaft schreibe den studenten sogar die lektüre beispielsweise springers welt vor.wer sich dem reglement nicht beuge werde in die botschaft zitiert und dort eingeshüchtert.andere druckmittel seien de unterschlagung von geldüberweisungen aus der heimat und passentzug.erst vor einigen tagen seien acht studenten vom saigoner regime zurückbeordert worden,weil sie sich in der bundesrepublik zu ihrer systemgegnerschaft bekannt hatten

NÜRNBERG (ID)

Herr sauber verbietet Sammlung für Fordarbeiter
15. 11. 73

Die Gruppe Solidarität in Nürnberg hatte die Erlaubnis für die Durchführung einer Straßensammlung, besonders vor den Werkstoren von MAN beantragt. Die Ablehnung der Stadt Nürnberg hat es in sich, wie der folgende Ausschnitt aus dem Ablehnungsbescheid zeigt:

"Stadt Nürnberg
Refarat für rechts und Ordnungsverwaltung
....

....als Sammlungszweck haben sie angegeben, daß der Ertrag zur Unterstützung der entlassenen Fordarbeiter bei der Wohnungs- und Arbeitsuche, zum Rechtsschutz und als finanzielle Überbrückung dienen soll.

....Nach Artikel 2 Abs. 1 Nr. 1 des bayrischen Sammlungsgesetzes ist die Erlaubnis zu versagen, wenn durch die Sammlung selbst, durch die Verwirklichung des Sammlungszwecks oder durch sonstige Verwendung des Sammlungsbetrages die öffentliche Sicherheit oder Ordnung gestört werden kann. Den von Ihnen eizusetzenden Sammlern sind bei Ihrer Spendenwerbung auf den angegebenen Plätzendie den Sammlungszweck billigenden Personen naturgemäß nicht bekannt. Sie werden sich daher auch an Teile der Bevölkerung wenden, die den Bestrebungen Ihrer Gruppe kein Verständnis entgegenbringen. Je nach dem Standort des Vermeintlichen odertatsächlichen Spenders ist nicht auszuschließen, daß die Sammlungstätigkeit in der Öffentlichkeit zu Auseinandersetzungen und letztlich zu Verstößen gegen die öffentliche Sicherheit und Ordnung führen kann....
Da die Versagung einer Sammlungserlaubnis bei vorliegender vorstehend aufgeführten umstände vorgeschrieben ist, war zu entscheiden, wie geschehen.
Hochachtungsvoll
gez. Dr. Sauber
(berufsm. Stadtrat)

Kneipe im UJZ Nordstadt

Kornstr. 28-30

Bier 0,4 1,10
0,2 -,60

Korn -,70
Wodka -,80
Rum -,80
Weinbrand ?,--

Billiges Essen, Schmalzstullen, Suppe, Eier, Bratkartoffeln, Pommes, Bratwurst, Bockwurst

Obstweine, Ananasbowle und vieles andere

einfach mal vorbeikommen!!!!!!

IMMER NOCH NACHRICHTEN...

Berlin (ID)
10 Jahre für Heinz Jansen

22. 11. 73
Am Montag, 11.11. forderte der Staatsanwalt Nagel 12 Jahre Knast wegen zweier angeblicher Mordversuche.und Widerstands gegen die Staatsgewalt in einem besonders schweren Fall. Für Nagel war alles klar, was den Tatablauf und den Täter angeht, die Belastungszeugen, vor allem aueh Ruhland, waren höchst glaubwürdig. Überhaupt handele es sich bei Jansen zwar um jemanden, der durch tragische Verstrickungen und Verführungen in diese gesellschaftsfeindlichen Kreise (gemeint ist RAF) geraten sei, sich dann aber zu einem gemeingefährlichen Gewalttäter entwickelt habe, den eine erhebliche kriminelle Energie auszeichne, so daß die Gesellschaft vor ihm geschützt werden müsse. Er habe eine verhängnisvolle Entwicklung in Gang gesetzt, die zu mehreren toten geführt habe.

Dabei ist im Prozessverlauf nicht nachgewiesen worden,ob Heinz Jansen am Tattage überhaupt in der Fuggerstraße, dem Tatort , gewesen ist. Daß er bei seiner Festnahme in Nürnberg zusammengeschlagen wurde, ist dann schwerer Widerstand, die Verteidigung fordert daher Freispruch.

Die Anklagepunkte kriminelle Vereinigung, Banküberfall und der Kleinkram, waren vor zwei Wochen durch das Gericht vom Verfahren abgetrennt wordem, denn bei einem Jansen, der wegen Mordversuch zu hoher Strafe verurteilt worden ist, kann man die restlichen Anklagepunkte fallen lassen und sich die Scherereien eines langwierigen Prozesses ersparen.

Heinz Jansen selbst ist seit anfang Oktober von der Verhandlung wegen Störungen ausgeschlossen, weil er sich weigerte, am Prozess teilzunehmen und dieses Theater mitzuspielen.

Am 19. sollte eigentlich das Urteil verkündet werden, doch kam am 14. ein Antrag der Verteidigung durch, Heinz Brockmann als Zeugen zu vernehmen. Dieser war vor einem halben Jahr in Berlin verhaftet worden und soll nach Zeitungsberichten ein umfangreiches Geständnis abgelegt haben, in dem er Entstehung, Ausbreitung und Tätigkeit mehrerer anarchistischer Gruppen in der BRD und Westberlin ab Mai 70 dargelegt habe und so etliche Straftaten von "anarchistischen Gewalttätern" aufgeklärt habe - der neue Kronzeuge, nachdem man mit Ruhland nicht mehr viel machen kann.

22. 11. Urteil: 10 JAHRE!!!!
Heinz Jansen ist seit 22. Dezember 1970 in Untersuchungshaft. Im Zusammenhang mit der Fahndung nach der roten-armee-fraktion wurde auch Heinz Jansen als angebliches Mitglied der RAF gesucht. Er soll sich außerdem an einem Bankraub in Berlin beteiligt haben und am 31.8. 70 in Berlin auf Polizeibeamte geschossen haben. Er wurde 3 Tage nach Ruhlands Verhaftung festgenommen. Der Prozess gegen ihn hat am 20.9. 73 angefangen.
(Seine Erklärung zum Prozess in ID nr.5)

Linke Anwälte kurz vorm Bankrott

Berlin (ID)

In der BRD und in Westberlin gibt es ca.15 linke Anwälte. Diese 15 Anwälte führen sämtliche Prozesse für politische Gefangene, die im Knast sitzen. Sie sind total überbelastet, weil es bei politischen Prozessen nichts zu verdienen gibt. Ein Anwalt eines Berliner Anwaltkollektivs bekam z.B. für einen 1 Jahr laufenden politischen Prozess 18860.-DM (dagegen bekam ein NS-Anwalt bei gleichbleibenden Unkosten 60000.-DM) Allein die laufenden Unkosten im Monat für Miete, Gehälter usw. belaufen sich auf 11000.-DM Und Flug- und Reisekosten - da die politischen Gefangenen im ganzen Bundesgebiet und Westberlin verstreut sitzen - sind ca. 8000.-DM im Monat. Dazu kommt nochder psychische Terror: sie werden kontrolliert, durchsucht, die Post beschlagtnahmt, man versucht sie auf jede mögliche Art fertig zu machen.
Um überhaupt politische Prozesse minimal finanzieren zu können, müssen sich die Anwälte zahlbare Klienten suchen. Durch diese Selbstfinanzierung sind sie nicht in der Lage genossen, die in kleinere Notstände geraten sind, zu helfen.
Die Anwälte brauchen Unterstützung.
Denkt an euch, zahlt im voraus!
An Rote Hilfe 1 Berlin, Stephanstr. 60, Hans Dieter Tollkien.
Sparkasse t.nr. 140010009 oder an die Ro[illegible] in anderen Städten.

BERLIN «ID»

Arabische Automieter müssen denunziert werden.

19. 11. 73

"Der Polizeipräsident in Berlin, Abteilung I-an alle verleiher von Kraft-fahrzeugen im citybereich

Sehr geehrte Damen und Herren,
auf hiesiger Dienststelle wird z. Zt. ein Ermittlungsverfahren gegen angehörige arabischer Staaten bearbeitet

In diesem Zusammenhang ist nicht auszuschließen, daß arabische Staatsangehörige auch Personenkraftwagen anmieten, um damit strafbare Handlungen zu begehen.

Sollte daher in ihrem Geschäftsbereich der Fall eintreten, daß von einem oder mehreren Arabern- gleich welcher Staatsangehörigkeit- Kraftfahrzeuge angemietet werden, so ist gegen eine Abwicklung dieses Geschäfts von hier aus nichts einzuwenden.

Für hiesige Dienststellen wäre es jedoch von großer Wichtigkeit, wenn sie danach die Namen der Anmieter und die Kennzeichen, der vermieteten Kraftfahrzeuge unter der Telefonnummer 691 091 app. 2572 oder 2573
außerhalb der norm. Dienstzeit 691 091 app. 2514 o. 2515. unverzüglich mitteilten.

KNAST UND MEDIZIN

Berlin (ID) 2o.11.73

Unzureichende medizinische Betreuung von Strafgefangenen

Entnommem aus dem Brief von Hans S. vom 1.8.73 an den Petitionsausschuß des berliner Abgeordnetenhauses.

"Es geht um die medizinische Betreuung eines Jugoslawen, den wir hier nicht behandeln wollen, Manfred Mehtner, der noch leben könnte, wenn der Arzt nicht gepennt hätte. (Was sogar die bürgerliche Presse festgestellt hat.) Wenn nämlich Herr Dr. Borz die sofortige und bei Schädelverletzungen übliche Einlieferung angeordnet hätte. Herr Dr. Borz aber stellte den Gefangenen als Simulanten hin, er erkannte selbst auf dringliche Bitte des Gefangenen Krestan, der die Schlägerei mit Mehtner hatte. nicht. in welche gemeingefährliche Lage Krestan durch den praktizierten Strafvollzug geraten war. Krestan hatte in mehreren Briefen sowohl an Dr. Borz, wie an Dr. Hiob, den Leiter der psychiatrischen Anstalt Tegel, Berlin und in Gesprächen darum gebeten, auf die neurologische Station verlegt zu werden, da er genau seinen Gemütszustand kannte. Das ist nicht erfolgt, die Schlägerei hatte die Schädelverletzung zur Folge, Mehtner starb.

Inzwischen ist eine Untersuchung der Sache angeordnet worden; wie langsam die arbeiten und was dabei herauskommt hängt von unserem Interesse und unserem Nachfragen ab.

Zumindest kann man feststellen, daß es sehr gefährlich ist, wenn nicht lebensgefährlich, in Berlin in der Strafanstalt Tegel zu sitzen. Noch schlimmer muß es für Leute sein, die gar kein Deutsch können.

Sein Wissen über das Haus kann man z.B. erweitern, wenn man aufmerksam den "Lichtblick" verfolgt: wörtlich:

"ein Blick in den Keller der "pn" (psychiatrisch neurologischen) zwei Beruhigungszellen dienen dazu, besonders renitente Personen zur Räson zu bringen. Ohne Zweifel notwendig, aber muß es sein, daß die dort untergebrachten Patientenauf den schmutzigsten Matratzen des Hauses un ebensolchen Decken, in oft unbekleidetem Zustand, meist mehr als eine Nacht verbringen müssen?
Ein Kübel in der Ecke dient als sanitäre Einriehtung - das Essen wird da serviert, wosich Matratzen , Decken und Kübel befinden - auf dem Fußboden! - Als ein etwas ungewöhnlicher Komfort entpuppt sich auch die Klimaanlage(Heizung) dieser Zellen, die h t den Vorzug, daß man mit ihr (erst kürzlich instaliert und sicher nicht billig) sehr schnell die Temperaturen verändern kann. Eine fragwürdige und wahrhaft erschreckende Beruhigungsthera -pie. Der Chefar. t, nach dem Erfolg be r, daß die Zahl d n "fast auf null"

fresse:

Bemerkungen des Fresse-Kollektivs (und Sympathisanten) zu dem Artikel "Sozialdemokratie oder Faschismus?" in der letzten H.F. Nr.4/73, zu dem Wochenendseminar ("..."), zu den Diskussionen über die Selbstverwaltung in den UJZ's (und Initiativgruppen dafür).

1. Stellungnahme zu dem Artikel:
Natürlich sind einige Formulierungen äusserst bedenklich, dem stimmen wir zu. Einige Leute haben irrtümlich angenommen, dass der Artikel von den Kleefelder Genossen stammte. Das stimmt nicht!!! Der stammt vom Fresse-Kollektiv, niemand sonst (leider).
Zum Inhalt:
Der Begriff "Faschismus" wurde von uns nicht ohne Grund verwendet. Wir begreifen damit die Formen und Mittel der Gewaltanwendung sowie deren Begründung: gegen fortschrittliche Teile der Linken.
Wie denn anders sollen wir diese Formen der Gewaltanwendung begreifen,-hier in Hannover, die Besetzung* des ersten UJZ in der BRD: Arndtstrasse 20, weiter: die Zerstörung des UJZ Kleefeld, die brutale Zerschlagung von mehreren Demonstrationen (ÜStra, Petra Schelm, 1. Mai 72 usw.usw.),-Berufsverbote, Terror des Staatsapparates gegen die Linke. Wie anders sollen wir das verstehen, als p u n k t u e l l e n faschistischen Terror, wie er g e n e r e l l in der Nazizeit geherrscht hat.
*durch über 1000 bewaffnete Bullen mit Panzerwagen und den zugehörigen militärischen Klimbim...

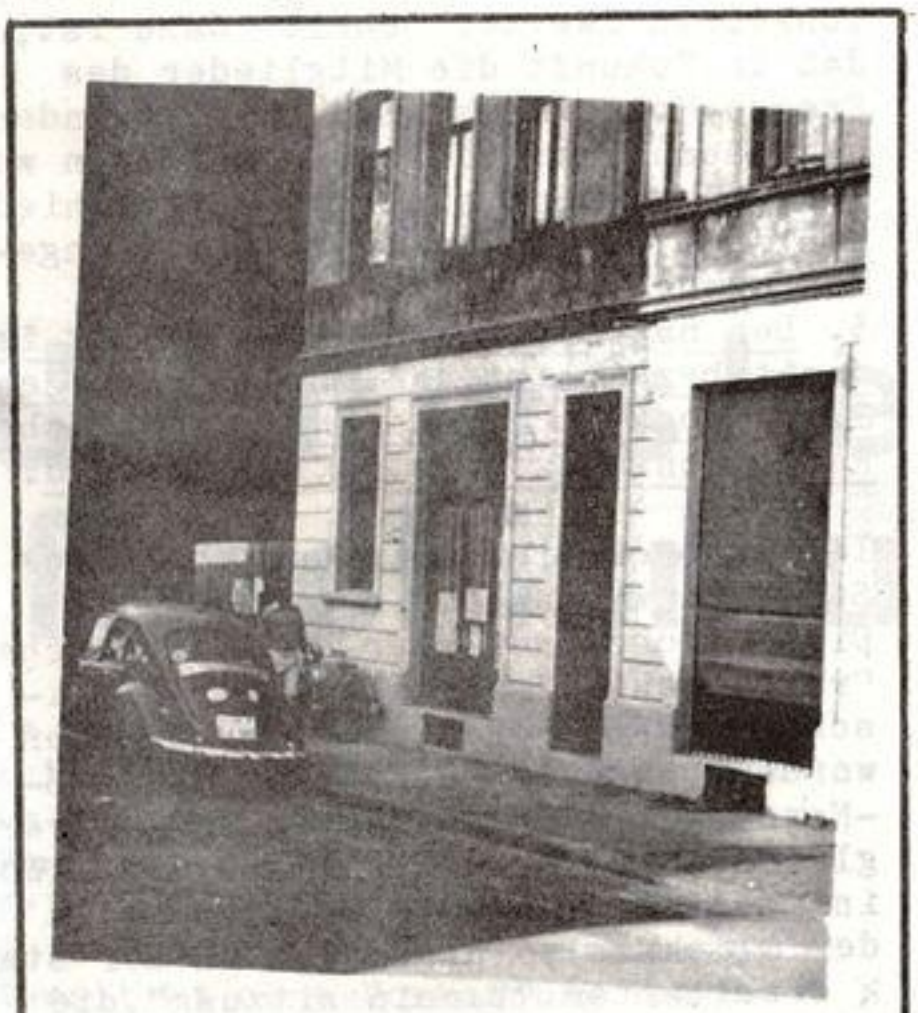
2. zu dem H.F.-Wochenendtreffen vom 27./28.10 in der Nähe von Minden:
Die Vorbereitung war gar nicht beabsichtigt. Das ging alles ziemlich hopplahopp. Wir hatten zunächst nichts weiter als einen "Betriebsausflug" vor. Jedoch zwei Sachen: erstens die allgemein perspektivarme Lage in der Linken (uns vermittelt durch Wiehbergstr., Kornstr., Kleefeld und Glocksee) damals vor einem Monat,- zweitens die häufigen chaotischen "politischen" Diskussionen und Aktivitäten im UJZ Nordstadt, -diese beiden Geschichten brachten uns von dem ursprünglichen Vorhaben Betriebsausflug ab, und das Ganze wurde zu einer sponti-vorbereiteten Arbeitstagung.
In den Diskussionen wurden sehr viele wichtige Probleme angesprochen, die sich in drei für uns wesentliche Schwerpunkte einteilen lassen: 1) Situation der Linken in der Region Hannover, 2) kurzfristige <u>regionale</u> Kampfperspektive des Kapitals und des Staates: genaue Einschätzung dieser Planung ist die Entwicklungsbedingung für eine tragfähige politische Strategie, und schliesslich: 3) Organisierung der H.Fresse als <u>Gegenaufklärung</u> für die Linke.

zu 1.(Situation der Linken in der Region Hannover)
Die Verständigung darüber hat damit zu beginnen, daß wir uns nichts mehr vormachen über die Stärke oder über kurzfristig erfolgreiche Perspektiven irgendeiner sozialistischen, militanten Gruppe hier oder der Stärke und revolutionären Perspektive der militanten Linken hier insgesamt. Wir müssen uns erst einmal darüber verständigen, daß der Gegener eine konkrete Perspektive hat und wir keine, - daß wir über keine ausreichenden Informationen über die Strategie der kapitalistischen Reorganisation der Arbeit auf erweiterter Stufenleiter sowie über die Strategie der kapitalistischen Umorganisation des Reproduktionsbereiches verfügen. Wir haben also vor, die aktive Linke, als deren Teil wir uns begreifen, regional zu analysieren daraufhin, wie stark und wie schwach wir sind in folgenden Bereichen, - in denen die Ini-

tiative von uns allen gemeinsam wieder genommen werden muß(und da,wo sie schon besteht,nicht spontaneistisch aus der Hand gegeben werden darf):

1. UJZ-Bewegung
2. Stadtteilgruppen.
3. Ausbildungsbereich(Schulen,Berufsschulen,Hochschulen)
4. Betriebsarbeit
5. Sozialistische Ausländergruppen
6. Rocker
7. Bundeswher,Bullerie,Bundesgrenzschutz
8. Wohngemeinschaften,Kommunen
9. Film-und Fotogruppen,Ansätze von Straßentheater,sozialistische Musikinitiativen(Musik-und Theaterhochschule)
10. Linke Gruppenzeitungen,Stadtteilzeitungen,Möglichkeiten der Organisierung von Gegenaufklärung für die gesamte Region.

Bei der Analyse dieser Bereiche,die selbstverständlich noch ergänzt werden müssen (z.B.:wie sieht es aus mit den Ansätzen zu einer knallroten Hilfe?),sollten wir überall den Maßstab der Unabhängigkeit anlegen (1. unabhängig von staatlichen und reformistischen Institutionen und 2. unabhängig von Kirchenväterideologien),um die momentane reale Situation und die möglichen Perspektiven der verschiedenen in der Aufzählung angeführten politischen Ansätze zu überprüfen.



akwo

Dabei geht es uns nicht darum,die üblichen Untersuchungen in der Art und Weise bürgerlicher Soziologie durchzuführen,sondern in einer aktiven Mitarbeit in den Gruppen unseren gemeinsamen Erfahrungsbereich zu erweitern.

zu2.(kurzfristige regionale Kampfperspektive des Kapitals und des Staates)

Die Organisierung der politischen Verarbeitung der Informationen zu diesem wichtigsten Punkt der noch zu erstellenden Analyse ist die erste Grundlage für die Formulierung einer neuen offensiven Politik der Linken.Wir brauchen dafür Diskussionen ohne bornierte Eigentumsansprüche,was die Informationsgabe betrifft.Wir brauchen auch nicht jedem neu hinzukommenden Diskutanten zu Anfang seinen revolutionären Katechismus abzuverlangen.
In dieser Situation,wo die meisten taktischen Angriffe des Kapitals (Umorganisation des Arbeits- und des Reproduktionsprozesses in Richtung auf verschärfte Ausbeutung und verschärfte Kontrolle,)bis spätens Ende 1974 gelaufen sein werden, - in solcher Situation,wo die militante Linke (da,wo sie noch nicht zerschlagen ist,)sich gerade noch in vereinzelten Rückzuggefechten übt, - da ist es nicht mehr gerechtfertigt in dieser Weise zu verfahren.Über folgende einzelne Bereiche der Offensive der herrschenden Klasse müssen wir uns gemeinsam verständigen:

1. Reorganisation der Produktion,Erhöhung der Bandgeschwindigkeiten, Verstärkung des Verwaltungs- und Kontrollapparates in der Fabrik, strategiesche Erhöhung der Ausländerquote und punktuell taktische Verringerung der Ausländerquote in der materiellen Produktion,relative Erhöhung des Anteils der Leichtlohngruppen im Verhältnis der Lohngruppen/Lohnsumme insgesamt zum Brutto-Sozialprodukt.

Die Einschätzung der zu erstellenden Analyse sieht z.B. in dem Papier einer Hanomag-Betriebsgruppe so aus:
"Die Arbeiter und Angestellten bei der Hanomag haben nicht mehr viel Zeit ,einen erfolgreichen Kampf zu führen - aber sie haben noch Druckmittel in der Hand.Sie müssen kämpfen,solange noch alle Kollegen zusammen sind,sie müssen kämpfen,solange noch Aufträge auszuführen sind.Denn die Rheinstahl hat Angst vor Regressdrohungen und

entgangenen Profiten und sie hat Angst vor einer noch großen solidarischen Belegschaft.
Ein noch größeres Druckmittel für die Hanomag-Arbeiter ist ein politisches Druckmittel: die Angst der SPD vor der Verbreitung der Wahrheit.
Der Wahrheit, daß die Politik der SPD die Peitsche von Inflation und gleichzeitiger Arbeitslosigkeit, trotz des Versprechens der Vollbeschäftigung, nicht abgewendet hat.
Daß die SPD das öffentliche Aussprechen dieser Tatsache fürchtet, wie der Teufel das Weihwasser, haben die wüten den Reaktionen über die Solidaritätskundgebung des SPD-Ortsvereines Linden /Limmer gezeigt.
Und diese Angst ist auch logisch: denn die SPD-Politiker und die SPD-Gewerkschaftsführung versuchen in den Tarifrunden der Metaller und des öffentlichen Dienstes mit der Drohung der Arbeitslosigkeit wieder einen Lohnstop durchzusetzen. Und wenn allen Kollegen diese Wahrheit bekannt wird, wenn also bekannt wird, daß Arbeitslosigkeit entsteht trotz "Stabilitätspakt", dann wird in den kommenden Tarifrunden die kapitalfreundliche Stillhaltepolitik nicht mehr relativ reibungslos durchgesetzt werden können."

2. (Wochenendseminar, Punkt II: "Über folgende einzelne Bereiche der Offensive der herrschenden Klasse müssen wir uns gemeinsam verständigen "):
Technokratische Ausbildungsreformen in allen Qualifikationsbereichen.

3. Propagierung des Sozialdemokratismus im Reproduktionsbereich:
SPDinitiierte Bürgerinitiativen, Freizeitheime, Jugendzentren, OJZ Langenhagen, Altentreffen, Ferienpässe, Straßenkunst, sterilisierter Flohmarkt.

4. Faschistoider Angriff auf die nicht-integrierbare Linke:
Arndtstr., Kleefeld, Üstra 72.

zu dem dritten wesentlichen Schwerpunkt des Wochenendseminars:
Organisierung der HF als Gegenaufklärung für die Linke in dieser Region:
Die HF soll kein pluralistisches Blättchen für Linke werden. Diese Wahrscheinlichkeit ist aber solange gegeben, solange die HF von einem kleinen, festen Redaktionskollektiv gemacht wird. Ohne Kontrollmöglichkeiten durch die

Gruppen, bestärkt auch noch dadurch, daß ein paar Mitglieder des Red-Koll. eine zeitlang nichts anderes machten als die Zeitung. Basta.
Die HF muß tendentiell die Zeitung die Gegenaufklärung für die aktive Linke hier werden, getragen und redaktionell bestimmt durch sie. Eine erste Initiative dazu war der etwas spektakuläre Artikel "Sozialdemokratie oder Faschismus?" in unserer letzten Nummer, der erstmals eine verhältnismäßig breite Diskussion über die Aufgaben einer Zeitung für die Linke bewirkt hat (die drei davor erschienenen Nummern blieb die HF ohne Pesonanz, ohne Rückkopplung). Ein zweiter Schritt dazu ist, daß in Zukunft die Mitglieder des Fresse-Kollektivs sich in der Tendenz als ehemaliges Kollektiv auflösen werden, dadurch, daß sie in die verschiedenen aktiven linken Gruppen hineingehen werden.
3. Der nächste notwendige Schritt ist damit bezeichnet, daß ab sofort jeden 2. Mittwoch im Monat eine öffentliche Redaktionssitzung stattfinden wird.

III. Zu den Diskussionen über die Selbstverwaltung in den UJZ':
Die Diskussionen über die politische Praxis des UJZ-Nordstadt ist inzwischen von mehreren Gruppen begonnen worden, (und auch schon aus dem UJZ--Nordstadt herausgetragen worden, vergleiche die Diskussionen in der AKWO, in Kleefeld, im Koordinationsrat, in der Glocksee) so u.a. auch in der stark erweiterten "Vereinssitzung", die teilweise schon wieder den Charakter früherer Vollversammlungen aufwies:

Hinsichtlich der Anzahl der Teilnehmer, Hinsichtlich der Schwierigkeit sich politisch zu verständigen, und hinsichtlich der oft chaotischen Diskussionen: jeder gegen jeden, alle auf einmal.
Mehrere Berichte, Vorschläge, Stellungnahmen in dieser Ausgabe der HF beschäftigen sich gerade mit diesen Problemen (damit ist das Thema dieser Ausgabe begründet) der politischen Perspektive und der möglichen Organisierung ihrer Entwickelbarkeit:

1. Die Vorschläge von Ingolf Ahlers
2. Der Bericht der Roten Helfer über den Freispruch für Franke, Heß und Waldbrenner
3. Der in Eile geschriebene Artikel über den Konflikt zwischen dem UJZ-Nordstadt und dem Internationalismus-Buchladen: diese Geschichte muß noch weiter vorangetrieben werden!
4. Dieser hier vorliegende Artikel des Fresse-Kollektivs
5. Das Protokoll der letzten und seit langer Zeit auch wieder ersten Sitzung des Koordinationsrates der UJZ-Initiativen in Hannover und Umgebung vom 25. 11.73 .

Daß es vorwärts geht: siehe UJZ-Barsinghausen!

A K T U E L L E R N A C H T R A G :

Der Prozeß gegen Rolf findet schon am Dienstag statt. RA Reinhard kann die Verteidigung nicht führen, da er am Dienstag beim Prozess von Astrid Proll und Marianne Herzog sein muss. Dem Gericht war dies bekannt. Der Termin wurde trotzdem auf den 4. anberaumt.

FREIHEIT FÜR ALLE GEFANGENEN!!!!!!

Zu unsrem Artikel "Sozialdemokratie oder Faschismus" erhielten wir folgende Antworten:

droht uns heute faschismus?

Im September 1973 räumte die Polizei das Unabhängige Jugendzentrum in Hannover-Kleefeld. Die SPD-Stadtregierung, die das UJZ Kleefeld vorher stillschweigend geduldet hatte, hatte diesen neuen Gewaltakt ohne Vorwarnung durchführen lassen. Zugleich ließ sie das UJZ-Gebäude niederreißen.

träglich wurde diese Heldentat mit moralischen Verleumdungen in der Presse "gerechtfertigt": es habe in dem UJZ-Dreck, Unordnung, sexuelle Verwahrlosung und ähnliche Gr[illegible]
I[illegible] der "Hannover-
[illegible]ben Genossen dieses
V[illegible]STISCH verurteilt.

Diese Einschätzung ist falsch und gefährlich!

- Sie ist falsch, weil die Vernichtung des UJZ-Kleefeld mit den üblichen und ganz normalen Mitteln des AUTORITÄREN bürgerlichen Staates erfolgte. Dieser ist zwar schlimm genug, aber überhaupt nicht mit der terroristischen antisozialistischen Ausrottungspolitik des Faschismus zu vergleichen.
- Diese Einschätzung ist gefährlich, weil sie zu selbstmörderischen Strategien der Linken führen kann. Hätten wir nämlich den Faschismus mit seinem totalen Terror und der totalen Rechtlosigkeit aller seiner Opfer, dann wäre auch der Widerstand dagegen an keine rechtlichen Regeln gebunden, auch wenn er nicht ganz auf moralische und politische Erwägungen verzichten kann. (Wegen so einem Irrtum hat ja die sogenannte Baader - Meinhof - Gruppe Selbstmord verübt)

Diese Argumente müssen wir jetzt näher erklären. Die Vernichtung des UJZ Kleefeld ist auf keine Weise zu rechtfertigen. Für einen autoritären bürgerlichen Staat ist die Aushungerung und schließlich Vernichtung eines Experiments, in dem die Leute die Selbstverwaltung ihrer Angelegenheiten versuchen, ein völlig normaler Vorgang.

Denn was ist dies für ein Staat? Es ist ein Staat der unvollständigen Demokratie. Durch einen Aufstand nach dem ersten Weltkrieg hat die deutsche Arbeiterschaft wenigstens dies bißchen Demokratie durchgesetzt. Eine politische Demokratie. Das heißt: die Massen dürfen ihre politische Regierung ein Stück weit selbst wählen. Aber sie dürfen natürlich nicht wählen, wer ihr Unternehmer ist im Betrieb. Sie dürfen nicht bestimmen, wer ihr Lehrer ist, wie ihr Stadtteil aussieht oder ob das, was sie im Kaufladen kaufen, Schund oder Qualität ist.
Kurz, wir haben nur eine politische Demokratie, und die steht auf tönernen Füßen. Sie wird bedroht von den autoritären Kommandoverhältnissen in der Wirtschaft, in allen sozialen Bereichen, schließlich in den staatlichen Behörden und Organen selbst.
Außerdem ist die politische Demokratie dadurch eingeengt, daß die Leute nur sehr, sehr indirekt auf die Parteien und Parlamente Einfluß nehmen können.
Unser politisches System beruht, im Gegensatz zum Faschismus, auf einem Kompromiß zwischen den sozialen Klassen. In diesem Kompromiß sitzen zwar die Besitzer des großen Kapitals in jedem Fall am längeren Hebel. Aber es ist doch ein Kompromiß, indem den Leuten, die kein Kapital besitzen, ein bestimmtes Minimum an Rechten gesichert ist. Sie sind nicht ganz rechtlos wie vor hundert Jahren oder im Faschismus. Sie dürfen sich organisieren und sogar für ihre Interessen kämpfen, aber nur innerhalb bestimmter enger Regeln: durch Wahlen, und das Recht, Vereine zu bilden; durch das Recht, unter bestimmten Umständen zu streiken, und durch ein Stück Meinungs-und Pressefreiheit.

Diese Spielregeln sind von den Gesetzgebern, den Gerichten und der staatlichen Verwaltung so eng gemacht worden wie die Fesseln einer Kuh, die soweit 'rumlaufen soll, damit sie noch Gras fressen kann, aber nicht soweit weglaufen darf, daß man sie nicht mehr melken kann. Nach diesen Regeln ist auch das kapitalistische Eigentum geschützt und eine direkte Demokratie verboten. (Unser Grundgesetz zieht übrigens solche engen Grenzen nicht!) Wer diese Regeln bricht, kriegt eins auf's Haupt - wie die Kleefelder.

Wie jeder Staat so hat auch der unsere einen Unterdrückungsapparat, der als letztes Mittel die physische Gewalt hat.

Daß ein Staat diese Mittel gebraucht, kann man ihm sowenig vorwerfen wie dem Regen die Nässe! Und man sollte auch nicht laut auf-

ÜSTRA72

heulen,wenn er diese Mittel "unfair" oder auch gelegentlich etwas abseits der Legalität einsetzt,etwa bei Bespitzelung und Verleumdung oder Berufsverboten für Linke oder Polizeiprügelei oder sonstigen "Übergriffen".Das ist auch völlig normal für einen kapitalistischen Staatsapparat.Alte Sozialdemokraten und Kommunisten haben viel schlimmeres erlebt:Die totale Ruinierung ihrer gesamten Existenz durch Justiz und Polizeiverfolgung,und zwar nicht durch den faschistischen,sondern durch den normalen staatlichen Unterdrückungsapparat.Der ist nämlich schon immer auf dem rechten Auge blind und auf dem linken Auge sehr erfinderisch gewesen.Mit den ganz normalen bewaffneten Organen des kapitalistischen Staatsapparates sind Arbeiter seit über hundert Jahren immer wieder zu tausenden niedergemetzelt worden,wenn sie eine sozialistische Demokratie wollten, nicht nur 1871 (Pariser Kommune) oder in Deutschland 1918.Da kann man ja schon fast froh sein,daß die letzten Arbeiterbefreiungsbewegungen in Frankreich (1968),in Polen (1970) und in vielen anderen Ländern nicht so blutig ausgegangen sind wie in Chile.
Der normale kapitalistische Staat ist also keine edle Verkörperung von Sittlichkeit und Gemeinwohl. (Der Staat der DDR oder der Sowjetunion ist das übrigens auch nicht.) Trotzdem ist es wichtig,jetzt auf die Grundunterschiede zum Faschismus hinzuweisen.Uns als Jüngeren fehlt die schreckliche Erfahrung von Faschismus und Krieg.Deswegen dürfen wir auch nicht über jedes Stück Unterdrückung,das wir heute erleben,einen Weltuntergangsjammer anstimmen.

Unterschiede zum Faschismus

1.Dem Faschismus genügte der normale kapitalistische Staatsapparat nicht. Damit konnte er zwar die Arbeiterbewegung verlangsamen,martern und einschüchtern - aber nicht vernichten. Um die Arbeiterbewegung (ihre Gewerkschaften,ihre Parteien,ihre Freizeiteinrichtungen und ihr Bildungssystem) zu vernichten,reichte der normale Staatsapparat nicht aus. Deshalb umgaben die faschistischen Parteien den Staatsapparat mit einem System bewaffneter Terrorbanden. Das waren bei uns z.B. SA und SS. Während nämlich Polizei und Militär in jedem Fall den Schein des Rechts wahren müssen,können diese Banden so zuschlagen,daß dort kein Gras mehr wächst.Solche Privatarmeen gibt es heute nicht!
2.Solcher Terror konnte natürlich nur klappen,wenn große Massen von Menschen so mobilisiert werden konnten,daß sie den Resonanzboden für die Verfolgung wehrloser Minderheiten abgeben konnten.Eine faschistische Massenbewegung konnte und kann nur entstehen,wenn eine Masse von Kleineigentümern von den größeren Kapitalisten so an den Rand des Ruins konkurriert worden ist,daß sie nur noch Arbeitslosigkeit und Elend fürchtet. Sie haben Angst, zwischen Kapital und Arbeit total aufgerieben zu werden. Solche Leute spielen bei uns, wo weit über 80% Arbeitnehmer sind, keine große Rolle mehr. (In Chile z.B. stellen sie sich noch auf die Seite des Großkapitals, ohne klar zu sehen, daß dies sie kaputt konkurrieren wird.) Zur faschistische Massenmobilisierung gehören eine nationalistische und rassistische "Ideologie", die die Agressionen auf einen äußeren und inneren Feind ablenken. Der innere Feind - Juden und Marxisten - hatte die Gestalt von Untermenschen, gegen die alles erlaubt war. Es wurde ein massenhafter Verfolgungswahn aufgebaut. - Natürlich gibt es auch heute solche Feindbilder - "Radikale und "Verfassungsfeinde" bei uns. Aber sie haben nicht die alte massenmobilisierende Wirkung. Das hängt auch damit zusammen, daß unser Herrschaftssystem heute auf der politischen Entmobilisierung, auf politischer Apathie beruht.
3. Zum Faschismus gehört folgerichtig auch der Krieg gegen äußere Feinde, die Eroberung ausländischer Wirtschaftspotentiale im Interesse deutschen Kapitals. Das heutige deutsche Kapital ist aber nicht mehr nationalistisch; es ist international verflochten. Das ist die größte Garantie für sogenannte normale Beziehungen nach Westen und Osten.
Sicherlich gibt es bei uns faschistoide Gruppen und Tendenzen, die auch in Teile des Staatsapparates und der Presse hineireichen. Aber sie haben nicht die oben beschriebene gesamtgesellschaftliche Bedeutung. Deswegen sind sie aber noch keinesfalls harmlos.

Karl Friedrich Korn

POLITIK — oder MYSTIK?

STELLUNGNAHME DER AKTION WOHNUNGSNOT ZUM ARTIKEL: „SOZIALDEMOKRATIE ODER FASCHISMUS" IN HF 4

ZUM PROBLEM

Genossen!
Wenn die AkWo zu dem Kraft-Artikel in der HF Nr.4 in dieser Form Stellung nimmt, dann nicht deshalb, um Schwachsinn als Schwachsinn zu entlarven, sondern deshalb, weil die Leitartikler in der Redaktion der Fresse der hannoverschen Linken und insbesonders den entscheidenden Teilen der UJZ-Bewegung mit einem solchen Artikel genau das nehmen, was sie unbedingt brauchen: Einen klaren Kopf und ihre politische Substanz.

Statt dessen wird mit unverbrämten Durchhalteparolen Politik gemacht. Politik ist es deshalb, weil sich hier in der Situation einer konkreten Niederlage (Kleefeld) ein paar clevere"Genossen" mit einer scheinbaren Radikalität scheinbare politische Auswege aufzuzeigen. Diese "Genossen" wollen jetzt die "Militanten" vereinheitlichen. Diese "Vereinheitlichung" soll möglichst unpolitisch unter der mystischen Beschwörung der "Einheit" und eigener aufgeblasener "Stärke" eben vor dem Hintergrund der konkreten Niederlage und der Hoffnung auf die Kopflosigkeit und Niedergeschlagenheit vieler Genossen vor sich gehen.

Unsere politischen Rattenfänger haben zwar viel anzubieten:"Einheit,Militanz und Waffen", aber keine Politik. Ihr politisches Unvermögen ahnt man nach der Lektüre ihres Artikels,gleichzeitig aber auch ihr Bemühen, Teile der hannoverschen Linken auf dieses "Niveau" hinabzuzerren und die rev. Bewegung im Sinne der von ihnen so mit dem Maul "bekämpften"Sozialdemokratie entscheidend zu schwächen.
Patentrezepte wie unsere Mystiker hat die AkWo den Kleefeldern zwar nicht anzubieten, wohl aber unsere konkreten Erfahrungen, die Erfahrungen eines kontinuierlichen politischen Kampfes gerade gegen die von unseren Verfassern so geschmähte Sozialdemokratie. In diesem Sinne führen wir bereits eine Diskussion mit den Kleefeldern.

ZUM VORLIEGENDEN ARTIKEL in HF Nr.4

Es wird deutlich, daß unsere Polit-Autoren Schwierigkeiten haben, einerseits die Sozialdemokratie vom Faschismus zu trennen - im Gegenteil, sie bemühen sich sogar, deren Identität nachzuweisen -, andererseits sich selbst vom "politischen Angriff" der Sozialdemokratie, also der Jusos, die jetzt, oh Schreck, "ooch schon eine Hausbesetzung veranstaltet haben" eben politisch nur durch "Militanz", d.h. "Waffen" abgrenzen können, weil die Jusos ihnen die "Hausbesetzungen" als "Ausweis" der Militanz geklaut haben. Mangels politischer Substanz fordert man dann eben "Waffen".

Was aber, liebe Freunde, wenn die Jusos jetzt auch zur Bewaffnung aufrufen? Dann kann es nur noch um die Größe der "Waffen" gehen.Wobei man,um "militanter" als die Jusos zu sein, und nur so kann man ja ihren "polit. Angriff" abwehren, bedenken muß, daß sich spätestens bei der Frage der Bewaffnung der "Militantesten" mit Atombomben die Frage nach der Staatsmacht stellt und da sind momentan die Jusos als Sozialdemokraten näher dran als ihr, Genossen. Also:Jusos in der SPD werden!?
Doch das geht eben nicht, weil unsere Autoren behaupten, die Qualität des

sozialdemokratischen Angriffs sei " auf jeder Ebene faschistisch".Gleichzeitig wird aber gesagt, daß die SPD-Stadt mit allen Mitteln versuchen muß und es auch tut, bestimmte pol.Ansätze zu zerschlagen. Nun ist bekannt, daß zu diesen, nach unseren Mystikern "faschistischen" Mitteln auch die finanzielle (und politische) Unterstützung der Kornstraße und Glocksee gehört.

Deshalb: Warum sollen die sozialdemokr. Faschisten nicht auch, wenn auch über Umwegen über gescheiterte Spitzelanwerbungen, die "Waffen" bezahlen. Oder warum kann man nicht zunächst, wie am Beispiel der Kornstraße deutlich wurde, solange, bis die SPD-Ratsfraktion das finanziert, eben auch die begehrten Waffen "mieten" ? Oder ist das der sozialdemokr.Trip, vor dem gewarnt wird?

Also: Nicht mieten, sondern kaufen?
Aber: Ist der Waffenkauf mit Spitzelgeld, wie vorgeschlagen, ist das militant ? Wo die Bundeswehr so viele Waffenlager hat ?

★

Aber : Unsere "Militanten" sind, weil "angegriffen (Kleefeld), gezwungen, selbst zum Angriff überzugehen". Mit ihrem Artikel. (Und ihrem "konkreten" Vorschlag!)
Doch vorher entwickeln sie dem gespannten Leser ihre Lebensphilosophie : Wenn wir einen auf die Schnauze kriegen, ist das gut, denn: je mehr wir auf die Schnauze kriegen, desdo stärker werden wir! Konsequent zuende gedacht ist diese Philosophie eines Boxers mit zerdeppertem Gehirn nur so zu verstehen: Schlagt uns tot und venceremos! -wir werden siegen ! Dahinter steckt genau das Weltbild, das den Faschismus auf die bürgerliche Sozialdemkratie projeziert: Das Weltbild der klaren "einfachen" Verhältnisse. So ganz einfach nach dem Motto : "Wir haben ja schon immer gesagt, daß unsere bürgerliche Regierung Faschisten waren", sagten die "Militanten", nachdem ein Militärputsch die Regierung blutig hinweggefegt hatte, "doch daß die Militärregierung faschistisch ist, können wir endgültig beweisen, wir werden nämlich gleich erschossen !"
Doch kommen wir zur "Selbstkritik".

Also: Früher waren "wir" wach und rege und jetzt wurde im Fall Kleefeld "gepennt". Damit sind die Gründe genannt. Ob da "Hallo wach" geholfen hätte? Die Kleefelder Genossen denken über ihre Politik nach, weil eine solche Niederlage eben nicht, wie unsere Mystiker behaupten, nur die bauliche Zerstörung des UJZ bedeutet, sondern zumindest für die Kleefelder eine grundsätzlichere Problematik der UJZ-Bewegung deutlich gemacht hat.
Dann wird von unseren Autoren ein versteckter Angriff gegen die Akwo gefahren : Man wirft der "SPD-besessenen" Bürgerinitiative Linden-Süd vor, mit der AkWo zusammenzuarbeiten.

Ob sich das die Bürgerinitiative zu Herzen nimmt?

?

Doch die Autoren irren sich: Wir haben dieses Bündnis angestrebt, weil wir mit jeder Gruppierung zusammenarbeiten, die unsere Politik mitmacht. Wir können das, weil wir wissen, wie wir uns politisch von der Juso-Sozialdemokratie unterscheiden. Für uns ist eine konkretes, begrenztes Bündnis mit einer "SPD-besessenen" Bürgerinitiative auf der Grundlage unserer Politik ein politischer Erfolg und kein politischer Angriff der Sozialdemokratie auf uns, im Gegenteil, daß Ihre BI auch nur für kurze Zeit auf unsere Seite schwenkt, eine politische Niederlage der SPD. Die unterschiedlichen Reaktionen der verschiedenen Flügel der hannoverschen SPD haben das voll bestätigt. Die SPD fühlte sich von der AkWo angegriffen, weil BIs im wesentlichen die jeweilige SPD-Politik legitimieren sollen.

★

Am Ende des Artikels rücken die Genossen dann endlich mit ihrer "Politik" heraus. Es ist die Erkenntnis des Mangels einer politischen Organisation der "Militanten". Ihre "Politik", ihr Vorschlag, dieser wahrhafte "Gegenangriff" gegen die "faschistische" Sozialdemokratie heißt: Militante Hannovers, vereinigt Euch in der Kornstr. und in der Fresse! Seid doch endlich einig !

L. W.

Hier wird die "Einheit" beschworen, die nichts klärt, die alles zusammenklatscht. Man geht davon aus, daß die mystische Beschwörung der "Militanz", des"Kampfes" des "Sieges" und der "Genossen" aus einer Niederlage einen politischen "Erfolg", nämlich den der "Einheit", herstellen kann. Die unpolitisch-politische Herangehensweise der "Autoren" wird deutlich :Hier soll eine organisatorische "Einheit" hergestellt werden, die eben auf keiner politischen Einheit beruht. Nicht der Hinweis auf die" gemeinsame Militanz" hilft uns politisch weiter, sondern der Hinweis auf unsere wesentlichen politischen Unterschiede. Und die werden am wenigsten durch Rederei geklärt, sondern durch die polit. Praxis entschieden. "Einheit" ist hier also nur möglich auf der Grundlage politischer Erfahrungen und deren Analyse

Doch genau von den polit.Erfahrungen der UJZ-Bewegung, von der eigenen politischen Stärken und Schwächen ist nicht die Rede in diesem Artikel.Hier wird von Großmäulern politische Schwäche demonstriert durch das Klopfen von "militanten" Sprüchen.
Wer also, wie unsere Mystik-Autoren, als einziges politisches Kriterium "Militanz" für die "Einheit" zugrunde legt, wird kläglich scheitern, weil sowohl die Sozialdemokraten als auch z.B. Faschisten militant sein können und sind und auch die "Einheit"anstreben. Die AkWo kann keine politischen Lösungen aus der linken Hand zaubern,aber wir werden jeder Gruppe, die sich darum bemüht, unsere politischen Erfahrungen zur Verfügung stellen. Das läßt sich nicht auf der Grundlage einer fiktiven "Einheit" ermöglichen, sondern nur dadurch, daß die Grundlage dieses Erfahrungsaustausches die unterschiedlichen politischen und ideoloischen Ausrichtungen selbst sind und die auf dieser Grundlage gemachten Erfahrungen des konkreten revolutionären Kampfes.

DOKUMENTATION

UJZ

Nach einer kurzen chronologischen Darstellung der Jugendzentrumbewegung in Barsinghausen sollen spezifische Probleme und unsere Erfahrungen innerhalb der Initiativgruppe UJZ Barsinghausen angeschnitten werden.

Die Entwicklung unserer Jugendzentrumbewegung verlief in zwei Phasen.
Die erste Phase begann mit der Gründung der Initiativgruppe Jugendzentrum Barsinghausen(IJZ). Von Oktober '72 bis März '73 versuchte diese Gruppe,eine Alternative zu Kneipen und Diskotheken zu schaffen,"sinnvolle" Freizeitarbeit zu leisten.Träger dieser Gruppe war die Evangelische Jugend.Wie die Alternative aussehen sollte,blieb unklar,weil der politische Zusammenhang z.B.zwischen Arbeit und Freizeit nicht oder nur ansatzweise gesehen wurde.In dieser Phase gab es keine Öffentlichkeitsarbeit,man beschränkte sich auf Verhandlungen mit der Stadt.
Zusammen mit Resten der IJZ gründeten 20 Oberschüler dann im März 1973 die IUJZ.Bis zu den Sommerferien wurden 4 Flugblätter herausgegeben,3 Informationsveranstaltungen durchgeführt und mit der Stadt -ergebnislos- über 6 Häuser verhandelt,eins wurde sehr schnell abgerissen.

Charakteristisch für diese Zeit war,daß zwar eine Öffentlichkeitsarbeit hergestellt wurde(60 Leute bei Infoabenden),aber keine kontinuierliche Arbeit mit vielen Jugendlichen aufgebaut wurde.Es war immer nur ein kleiner Kreis, der diese Arbeit ausführte.
Während und nach den Sommerferien erarbeiteten wir eine Zeitung und riefen zu einer Demonstration auf, an der sich am 9.9.73 ca.3oo Leute beteiligten.Erst dann war die Stadtverwaltung bereit,mit uns zu verhandeln.Nach Ankündigung einer Kundgebung wurde uns ein Haus angeboten,doch dauerte es weitere 2 Monate,bis über einen Vertrag

BARSINGHAUSEN

endgültig verhandelt worden war. Der abgeschlossene Vertrag,ist ein Kompromiß geworden,der zwar unsere Unabhängigkeit in Bezug auf unsere politische Arbeit bestätigt,jedoch die Stadt nicht zu finanzieller Unterstützung und zum Bereitstellen eines Ersatzgebäudes im Falle des Abrisses des Hauses Verpflichtet.

Während der Zeit der Verhandlungen bauten wir die inhaltliche Arbeit der Initiative auf.Sie besteht jetzt aus 8 selbstständigen Gruppen,die auf der Vollversammlung ihre Erfahrungen austauschen.

unsere Ziele erreichen können. Eine Hausbesetzung wurde in Erwägung gezogen.

Probleme innerhalb der Gruppe

Nach der Demo haben sich Arbeitsgruppen gebildet (Foto,Film,Schüler, Lehrlinge,Knast-Heim,Elektro,Musik und Angst(Mut)Gruppe).Diese Gruppen treffen sich regelmäßig,jedoch hat sich noch keine gemeinsame Perspektive entwickelt,denn wir gehen davon aus,daß unsere Ziele nur erreichbar sind,wenn persönliche Hemmungen zumindest innerhalb der Gruppe abgebaut sind.Erst wenn dieses erreicht ist,wird eine von allen getragene Selbstverwaltung möglich sein.

ADRESSE:

UJZ

alter-hofstr.
glockenstr.
3013
barsinghsn.

Wie hat sich die Stadtverwaltung unseren Forderungen gegenüber verhalten?
Im Laufe des Jahres wurden 1o Vorschläge gemacht,leerstehende oder nur teilweise genutzte Häuser für ein UJZ freizustellen.Alle wurden mit fadenscheinigen Begründungen (Anmietung zu teuer,Abriß) abgelehnt.
Auch als wir eine konkrete Zusage erkämpft hatten,wurde wir durch laufende Vertagung unseres Problemes hingehalten.
Als Reaktion auf diese Hinhaltetaktik entwickelte sich das Bewußtsein,daß wir nur durch eine intensive Öffentlichkeitsarbeit (Flugblätter,Zeitung,Kontaktveranstaltungen,Demos und Kundgebungen etc.)

Dieses Ziel zu erreichen war notwendig,denn innerhalb der Gruppen und auf Vollversammlungen redeten nur einige Leute,die auch alles bestimmten,der Rest blieb passiv. Auch Differenzen zwischen Oberschülern und Lehrlingen etc. bestehen.Jedoch sind wir unserem Ziel schon wesentlich weitergekommen.

Vertretung gegenüber der Stadt

Gemäß den Vorstellungen der IJZ übernehmen drei Volljährige die Verantwortung gegenüber der Stadt. Sie werden jedoch schnellstens durch einen eingetragenen Verein ersetzt.

▶▶▶▶ Barsinghausen-

Auseinandersetzung mit der Presse

Das Ortsblatt Barsinghausens (DLZ) kritisierte uns in der Zeitung, insbesondere auf der Jugendseite mit widersprüchlichen Argumenten und falschen Aussagen sowie Polemik. Nachdem wir auf einem unserer Flugblätter den Namen des zuständigen Redakteurs bekanntgemacht ~~xxxxxx~~ hatten,kam dieser sofort zu uns. Gemeinsam griffen wir ihn an,wiesen ihm fehlende Information nach und gaben ihm dann unsere Informationen und einen von uns verfaßten Artikel. Dieser erschien dann auch in der Zeitung und half uns bei unserer Öffentlichkeitsarbeit.

Probleme mit politischen Organisationen

Das Bewußtsein,daß sich Selbstorganisation aus selbsterfahrenen Konflikten entwickelt,und nicht erst im Rahmen einer Ideologie politische Praxis als notwendig erscheint,ist in der IUJZ allmählich entstanden.Das rührt zum Teil daher,daß die einzigen nichtinstitutionellen politischen Gruppen neben der IUJZ -alles KPD-Sympatisanten- auf Vollversammlungen wie auch in den Gruppen trotz ihrer großen zahlenmäßigen Unterlegenheit in hohem Maße Redeansätze blockiert haben und spontane Aktionen zerredet und damit erstickt haben. Eine vertrauensvolle Zusammenarbeit war nicht möglich,allerdings sind einige Individuen in unsere Arbeit eingestiegen und haben zum Teil die Integration erreicht.Jetzt,nachdem wir das Jugendzentrum bekommen (erkämpft) haben,und die Renovierungsarbeiten fast schon beendet sind, erscheinen immer wieder Vertreter dieser Gruppen und fordern Räume für Veranstaltungen.Auch wenn wir mit den Zielen dieser Gruppen durchaus solidarisch sind,versuchen wir gegenwärtig,uns von KPD-Sympatisanten abzugrenzen,bis auch die in der IUJZ,die bislang noch nie in einer politischen Organisation gearbeitet haben,in der Lage sind,Aktionen dieser Gruppen kritisch zu sehen.

Termine:
Vollversammlung:jeden Dienstag 19.oo
bis auf weiteres gleichzeitig
Kontaktgruppe.
Ansonsten ist das UJZ in der Regel nachmittags bis abends 22.00 offen.
Mit dem Zug zu erreichen:Nahschnellverkehr der DB Richtung Weetzen-Haste

KOOR-DINA-TIONS-RAT kdr

Aufgrund der konkreten Initiative der I G Oststadt- List und dem Hinweis der U J Z Glocksee auf die Notwendigkeit einer Zusammenarbeit unter den einzelnen Zentrums initiativen, kam am 25.11.73 ein erstes Treffen des K D R zustande.
Das Ergebnis dieser Zusammenkunft läßt auf die baldige wiederaufnahme einer fruchtbaren Kommunikation schließen.In dem vom K D R herausgegebenen Protokoll der ersten Sitzung wurden folgende Ergebnisse zusammengefaßt: Zielvorstellungen des K D R.

1. Hilfeleistung der U J Z untereinander

um organisatorische und finanzielle Arbeitserleichterungen für die einzelnen Initiativen zu erreichen.

SOLIDARITÄT

IST EINE WAFFE!

2. Hilfe und Zusammenarbeit auf Politischer Ebene

Erfahrungsaustausch der Gruppen untereinander. b. Gemeinsame Diskussion der Gruppen über Konzeptionen und der Auswertung von Vorstellungen einzelner Gruppen.
c. Politische Abgrenzung durch Eischätzung und feststellung des Pol. Standpunktes und der Pol. Aufgabe.

d. Konkrete Rechtshilfe und Hilfe in der Auseinandersetzung mit Verwaltungsbürokratie (Verträge/ Satzungen/ Vereinbarungen)

Überregionale Organisation

a) Kontaktaufnahme zu anderen Gruppen in der B R D
b) Erfahrunsaustausch- Iterressenaust.
c) Möglichkeiten bundesweiter Organisationen, Verbindungen und Aktionen, dadurch Belebung der Bewegung.

4. Abstimmung der Aktionsschritte und Formen ihrer Durchsetzung.

a) Abstimmung der Aktionen untereinander (Demos, Hausbesetzungen, Flugblattaktionen)
b) Bessere Koordination von Aktionen unter Beteiligung aller Gruppen.
c) Gemeinsame Durchsetzung von Forderungen in Fragen Finanzierung/ Personaleinstellung

Öffentlichkeitsarbeit

A) Gemeinsame Stellungnahmen zu Konflikten mit der Stadt.
B) Bessere Durchschlagskraft bei Veröffentlichungen.
C) Geschlossenes Auftreten für die Belange anderer Gruppen. Auflösung der Vereinzelung

Gruppen in und um Hannover, die für ein U J Z kämpfen bzw. schon eines haben.

I G Langenhagen Herbert Paselk, Langenhagen, Karl Kellner Str. Tel. 739584 18 Uhr

I G Oststadt- List Thomas Werner, Bödeckerstrasse 41 Tel. 314760
Martin Stucke Tel. 645878
I G Ricklingen Germann. Tel: 42o985
I G Misburg Uwe Bremer Tel: 581340
Klaus Jöhrens 3o14 Misburg Bahnhofstr. 76 a Tel: 584959
U J Z Glocksee Alfred/ Leho/Erich/ Klaus Tel: XXXXXXXX 18774 von 1o- 2o Uhr.

U J Z Kornstaße. Nordstadt Tel: 715033/32
I G Wettbergen Annette Hoppe Wettbergen, Ringstraße 6 Tel: 461818
I G Barsinghausen Obere Straße 12
Detlef Mantz 18774
I G Roderbruch Gerd Kersten Ahldenerstr 11 Tel: 55o164
I G Buchholz
I G Mellendorf
I G Bothfeld

Ein Info Blatt über alle im K D R vertretenen Gruppen wird vom K D R herausgegeben und laufend auf den neuesten Stand gebracht.

* * *

INTERNES/KORNSTRASSE

VORÜBERLEGUNGEN ZUR POLITISCHEN PRAXIS DES JUGENDZENTRUMS

Der Anlaß zu diesem Papier kommt aus dem Jugendzentrum selbst. Die in letzter Zeit verstärkt beginnende Diskussion über die politische Perspektive macht das allgemeine Unbehagen eines Großteils der im Jugendzentrum Arbeitenden deutlich. Obwohl diese Diskussionen zumeist punktuell beginnen - in Gesprächen über die Praxis und Vorstellungen der einzelnen Arbeitsgruppen - verallgemeinern sie sich doch sehr schnell in grundsätzlichere Auseinandersetzungen über die weitere politische Arbeit im Zentrum.

Genau an diesem Punkt setzt das Papier an. Es hat zum Ziel, die Diskussion voranzutreiben. Damit ist zugleich einiges über den Stellenwert dieses Artikels ausgesagt. Er produziert keine festen Meinungen, sondern soll vielmehr den bisherigen Diskussionsstand zusammenfassen und damit eine erste Grundlage für die weiteren Gespräche schaffen.

In Bezug auf die konkrete politische Praxis wird davon ausgegangen, daß diese als ersten Schritt eine Situationsanalyse des Jugendzentrums voraussetzt, an der alle Gruppen beteiligt werden müssen.

Ausgangspunkt einer jeglichen Analyse ist die simple Feststellung, daß die Arbeit im Zentrum der dauernden Gefahr der Demoralisierung unterliegt. Und das nicht nur auf Grund technischer und finanzieller Engpässe, sondern in erster Linie auf Grund der politischen Konzeptionslosigkeit. Was heißt das? Wir alle haben nicht den Mut, Konflikte auszutragen. Dies würde nämlich auch beinhalten, von unserem unausgewiesenen "linken Pluralismus" abzukommen und aus einer gemeinsam erarbeiteten Perspektive der weiteren Arbeit einen gewissen Verpflichtungscharakter zu gebn, man könnte es auch politische Disziplin nennen, um auf solcher Basis kontinuierlich zu arbeiten.
Für die einzelnen Arbeitsgruppen hieße das z.B., daß sie ihre Arbeit in die langfristige Perspektive einzuordnen hätten.

Nun sind Begriffe wie Verpflichtung, Disziplin, Einordnung usw. ja, ziemlich gefühlsbeladen, gerade bei den Antiautoritären. Als Antwort auf diesen Vorbehalt soll an dieser Stelle erstmal der Hinweis genügen, daß unseres Erachtens ein fundamentales Mißverständnis vorliegt, wenn man solche Begriffe und die Erfahrungen, die man in der gesellschaftlichen Realität mit Verpflichtung, Disziplin, Einordnung usw. gemacht hat, quasi bruchlos auf den andersartigen politischen Anspruch im Jugendzentrum überträgt. Damit wird jeder Unterschied verwischt, und man kann gleich jede politische Arbeit mit Emanzipationsanspruch aufgeben.

Daß die "Selbstbefreiung des Menschen" von ökonomischen, politischen und gesellschaftlichen Zwängen die individuelle Emanzipation mit einschließt, sollte eigentlich keiner Betonung bedürfen, aber daß die Emanzipation in unserer Gesellschaft keine emanzipierten Wege geht, kann gar nicht genug betont werden.

Allein dumpfes Unbehagen an dieser Gesellschaft reicht noch nicht einmal für die begrenzte politische Praxis im Rahmen des Jugendzentrums, wie wir es ja gesehen haben, es noch sehen, aber hoffentlich nicht mehr lange sehen werden. Gewisse grundlegende Einsichten über den Charakter dieser Gesellschaft sind einfach ein notwendiges Rüstzeug für politische Arbeit. Diese Notwendigkeit kann nicht mit der politischen Apathie der "Massen" im Jugendzentrum widerlegt werden, - im Gegenteil, es würde höchstens die Frage nach der Vermittlung der politischen Arbeit erneut aufwerfen.

In diesem Zusammenhang ist es nur logisch, daß der Verein bzw. die Leute in ihm zum Brennpunkt des Unmuts geworden sind. Damit wird der Verein insofern in die falsche Position gedrängt, als ihm eine "Allmacht" zugesprochen wird, die er nie besessen hat und auch gar nicht besitzen will.

Verwaltungstechnische Notwendigkeiten und politische Praxis sind zwei Seiten einer Medaille, aber man sollte die beiden Seiten auch auseinanderhalten. In Bezug auf den Verein gehen wir davon aus, daß dieser in ein politisches Organ verwandelt werden sollte, was notwendige Außenkontakte (z.B. zur Stadt) nicht ausschließt, auch eine Koordination der Arbeit im Zentrum beinhaltet, aber in erster Linie erfordert, die Arbeit als politische zu begreifen.

Die weitere Vorgehensweise stellen wir uns so vor, daß eine Kommission gebildet wird, deren Mitglieder Kontakte zu allen Gruppen haben, um von daher die politischen Standpunkte der einzelnen Gruppen erst mal zusammenzutragen. Das ist letztlich die Grundvoraussetzung zur Verfassung einer politischen Plattform, die dann in einzelnen Thesen zur Abstimmung gestellt werden sollte. Wir sollten uns keine Illusionen darüber machen, daß dieser Prozeß schwierig sein wird, zum Beispiel werden wahrscheinlich auch Mehrheitsbeschlüsse gefällt, denen sich nicht alle anschließen können. Man muß mit aller Deutlichkeit sagen, daß es dann zwei Möglichkeiten gibt: entweder die "politische Linie" der Mehrheit mitzuvertreten, oder die politische Arbeit im Zentrum aufzugeben. Wir halten Beschlüsse insofern für wichtig, als die am Diskussionsprozeß Beteiligten auch lernen müssen, sich zu entscheiden. Dieses Vorgehen ist zumindest immer noch besser als der bisherige Misch-Masch.

Noch eine letzte Anmerkung: Wenn die Sache gelingen soll, müssen wir alle unseren bisherigen Diskussionsstil ändern, der hemmt uns nämlich nur. Wenn wir nicht begreifen, daß eine solidarische Diskussion Selbstkritik erfordert, dann werden wir wahrscheinlich einpacken können.

Ingolf Ahlers

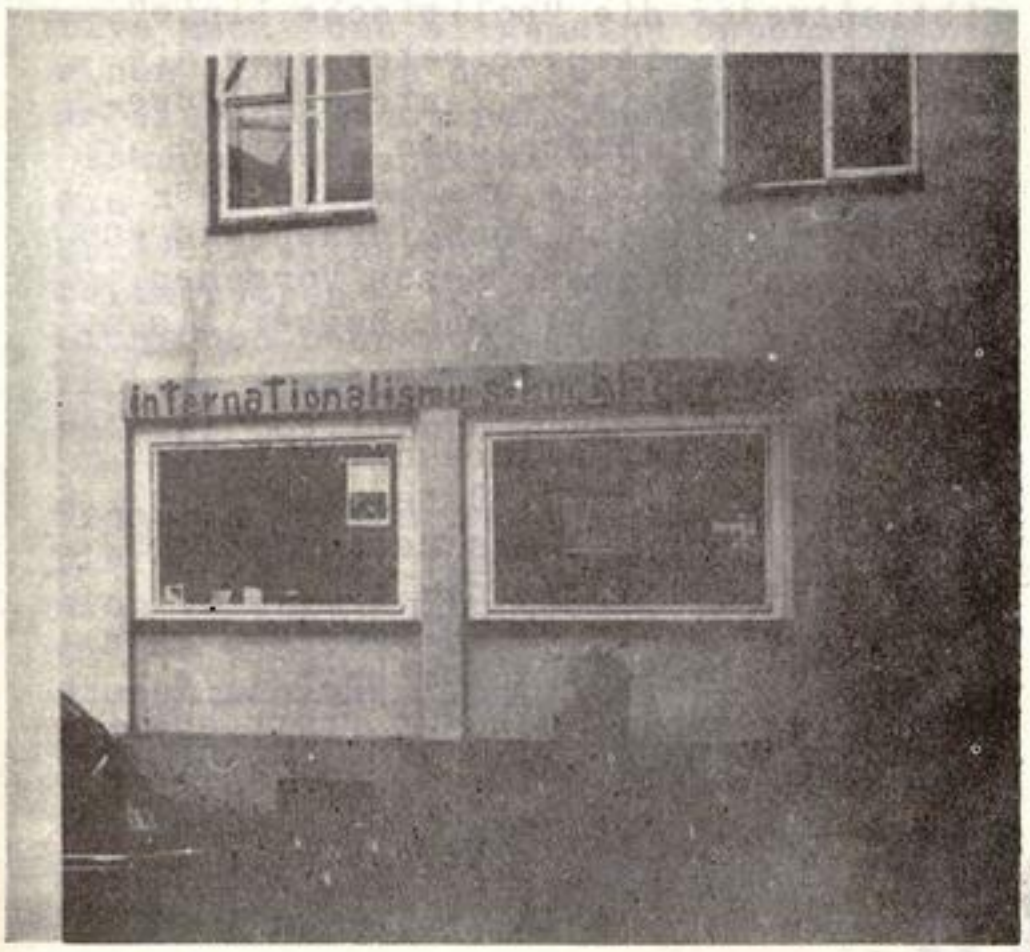
ZUM BUCHLADEN:

seit einigen wochen wird im "verein für an gewandte sozialarbeit" eine erregte diskus sion geführt.jedenfalls in seinen öffentli chen sitzungen.bei dem verwirrenden dismus sionsstil,den man in diesen sitzungen an den tag legt,ist es unmöglich,ausreichend darüber zu berichten.man kann aber auf jeden fall feststellen,dass die anregung dazu von der buchladen-kindergruppe gegeben wurde.auf grund der etwas verfahrenen dis kussion,werden wir gerade dieser gruppe mit einem bericht sicher nicht gerecht werden. wir müssen uns aber gerade mit dem interna- tionalismus buchladen auseinandersetzen,da zumindest das redaktonskollekti der fresse auf die zusammenarbeit mit anderen gruppen, die im bereich der alternativen information tätig sind,angewiesen ist.diese zusammen- arbeit wurde aber in letzter zeit durch das ladenkollektiv unmöglich gemacht.bei einem versuch,uns mit den buchladenleuten zu unterhalten,(kollektivsitzung am 22.) haben die genossen eine so dufte show abge- zogen,dass wir uns verarscht fühlten,gegan- gen sind und nun vor der frage stehen,wie und ob wir überhaupt mit dem internatio- nalismuskollektiv zusammenarbeiten können. wir brauchen einen verlag und einen vertrieb. wir brauchen das geld,das durch verlegen von büchern und verkauf von büchern abfällt für jeden arbeitsbereich im jugendzentrum ,auch für unsere zeitungsarbeit,die vernünftige druckmaschinen voraussetzt.wir brauchen die verbreitung alternativer informationen,die nicht den herrschenden nutzen,das müssen wir aber auch selbst organisieren.dabei nimmt der buchladen eine wichtige stellung ein. wir brauchen umschlagplätze für aktuelle in- formationen,das kann keine monatlich erschei- nende zeitung sein,das können sein kneipen und-der buchladen.
all das funktioniert von seiten des buchla- dens (in den einzelnen punkten nachweisbar) nicht.

ein paar gedanken dazu:
der verlag:der onternationalismus verlag m muss sich nach autoren im niedersächsischen raum umschauen,deren werke er verlegen kann. zum andern muss er untersuchen,welche bücher zu teuer sind und bei welchen büchern die auflage vergriffen ist,die wir dann nach- drucken,voraussetzung dafür ist allerdings ein finanzgebaren,dass die druckerei,bei der der internationalismus verlag ein werk in auftrag gibt,nicht gleich beim ersten versuch bankrott macht.

buchverkauf: als d e r linke buchladen in hannover kann der ib grössre aufträge heran- holen(unität).er wird sie aber,und das hat sich in der letzten zeit gezeigt,wieder los- werden,wenn buchbestellungen in allgemeiner schlamperei verschwinden,die kunden die be- stellte ware einfach nicht erhalten.der ib wird seine kunden vergraulen,wenn die ver- hältnisse im laden einfach beschissen sind. wenn man ein buch lesen will und das auf grund fröhlicher kinderstimmen einfach nicht kann,wenn man dazu auch noch dem intonierten konsumterror von pink floyd ausgesetzt wird und die genossen des kolektivs nicht wissen, welche bücher da sind,bestellte sind,wo st- hen,wird man wohl nicht oft dorthin kommen.

umschlagplatz aktueller infos: da die fresse nur einmal monatlich erscheint,kann sie nicht der alleinige umschlagplatz von infos sein, häufig haben die bei uns gedruckten infos auch keine grosse aktualität mehr,da sich innerhalb eines monats einfach zuviel er- eignet.es kann einfach nicht angehen,dass man im buchladen einfach nichts von demos



kundgebungen und anderen wichtigen veranstaltungen wiss und mit desinteresse und technizistischen argumenten jede diskussion darüber unmöglich macht.(so chile kundgebung,griechenland kundgebung,erstsemesterfete tu).

finanzierung linker politik: es ist keine zwingende notwengigkeit, dass ein linker buchladen defizite erwirtschaftet.wenn er aber finanziell schwach ist,dann ist das wohl auf jeden fall ein grund,bilanzen auf den tisch zu legen und mit anderen gruppen darüber zu reden,welche fehler die defizite herbeigeführt haben,um diese fehler endlich zu beseitigen.die arbeit nach dem lustprinzip darf dabei nicht hinderlich sein.wenn einige genossen so arbeiten,wie es ihnen spass mavht und damit anderen genossen den spass an der arbeit nehmen,dann ist da wohl irgendwo der wurm drin.das ist nicht das ziel unserer arbeit.
überschüsse,die erwirtschaftet werden (das muss endlich mal passieren),müssen vom kollektiv an andere gruppen verteilt werden, darüber müsste auch mindetens quartalsmässig berichtet werden.

kommunikationszentrum: im buchladen muss man sich tagsüber treffen und unterhalten können,ohne dabei das allgemein bestehende geschrei noch überbrüllen zu müssen um verstanden zu werden.es ist auch gut,wenn der bchladen in einem solchen zustand ist,dass man sich auf einen sessel setzen kann,ohne mit seinem arsch in einer margarinestulle, apfelgribsch oder ähnlichem zu landen.

kooperationsbereitschaft des ib kol.s:
der ib hat in letzter zeit kritik in das ujz hereingetragen,sie ist berechtigt,ist aber so total,dass sie dem betreffenden nicht die brücke baut,die sie brauchen,um damit was anzufangen,um ihr fehlverhalten überhaupt zu überdenken.genauso ist es umgekehrt:die ablehnung der kritik,die am ib kollektiv geäussert wird,ist ebenfalls so total,dass wir uns fragen,wie wir zu einer auseinandersetzung kommen können,die nicht selbstzerstörerisch sondern konstruktiv ist.
wir stehen vor der alternative,einen eigenen verlag und vertrieb aufzubauen,wenn die diskussion mit dem internationalismus buchladen weiterhin unmöglich ist.

zur auseinandersetzung,die in letzter zeit mit dem buchladenkollektiv geführt wurde:
(dazu wird auch ein paper eines kollektivm. mitgliedes abgedruckt)
wenn die buchladenleute davon ausgehen,dass es im ujz verschiedene gruppen gibt ,von denen die eine die andere ausnutzt,um daraus machtgewinn davonzutragen,dann muss das diskutiert werden , dann ist das auch nicht von vorneherein falsch.im gegenteil ,wir haben zu vollversammlungszeiten oft genug die erfahrung machen können,dass ein paar papierficker hier versuchen,häuptling zu spielen. das ist nicht neu.es ist auch richtig,dass es hier leute gibt,die andere vor ihren karren zu spannen versuchen.(im ib ist übrigens ein kpd sympatisant)
diese gefahr haben wir erkannt.wir werden auch was dagegen tun.wir lassen uns aber nicht in einem schematismus einordnen,der alles,was wir sagen,von vorneherein als produkt von politisch verführten und als unglaubwürdig abstempelt,und die inhaltliche auseinandersetzung über diesen umweg unmöglich macht,eben weil wir uns nicht vor den karren irgendwelcher leute spannen lassen,auch nicht vor den des ib kollektivs!

die möglichkeiten,die entwicklung im buchladen zu ändern,haben wir noch nicht ausdiskutiert.wir wissen aber,dass der ökonomische boykott dieses ladens (das wird ernsthaft von einigen leuten vorgeschlagen) kein ausweg ist.
die personalfrage muss wohl erst einmal in der form gestellt werden,dass neue leute zusätzlich in den laden reingehen und dort mitmachen.das kann der erste schritt zu einer verbesserung der situation sein.

KARINKRAMERVERLAG
KOLLEKTIV
VERLAG · 1 BERLIN 44
POSTFACH 106 TELEFON 684 26 28

35

Michael Bakunin
Staatlichkeit und Anarchie - 1873
Karl Marx: Konspekt des Buches von Bakunin: Staatlichkeit und Anarchie

490 S./15,-- DM/3-87956-001-3

Michael Bakunin
Staatlichkeit und Anarchie

TERMINKALENDER

termine:

KINO

Mi 5.12. "Streik"v.Eisenstein
19.3o+21.3o Kornstr.28

Do 6.12. "Kuhle Wampe" v.Brecht
19.3o+21.3o Kornstr.28

Sa 8.12. "Panzerkreuzer Potemkin"
19.3o.+21.3o Kornstr.28

So 9.12. "Flamme üb.d.Welt" hist.
19.3o+21.3o Kornstr.28

Mo 1o.12. "Der Unsichtbare Aufstd."
18.oo+2o.3o Apollo

Mi 12.12. "Oktober" v.Eisenstein
19.3o+21.3o Kornstr.28

Do 13.12. "Mysterien des Organismus"
18.15+2o.3o Apollo

Sa 15.12. "Die Mutter" Maxim Gorki
19.3o+21.3o Kornstr.28

So 16.12. "Das Licht am Ende d.Welt"
19.3o+21.3o Kornstr.28

Mi 19.12. "D.Diskrete Charme d.Bourgeoisie" 18.15+2o.3o Apol

Fr 21.12. " " " 18.15+2o.3o+22.3o Apollo

Sa 29.12. "Liebe Mutter,mir geht es gut" Arbeitskampf i.film
19.3o+21.3o Kornstr.28

So 3o.12. "Kriegsspiel" utop.film
19.3o+21.3o Kornstr.28

im napalm kino,kornstrasse 28/30

SONSTIGES

Di 4.12. Disk.m.Dieter Duhm
('Angst im Kapitalismus') 2o.oo
ESG,Ludwig-Bruns-Str.

Sa 22.12. Video-Forum:Arbeitskampf
21.oo Kornstr.28

So 16.12. Insterburg und Co

Sa 15.12. Häns'sche-Weiss-Quintett
Zigeuner-Jazz

Uni VV
Mittwoch, 5. 12. 73
14 Uhr, Audi Max
BAFÖG-ERHÖHUNG
HOCHSCHULRAHMENGESETZ
Referate, Diskussionen, Aktionen

8.12. ulrich roski
16.12. insterburg & co

am aegi

KLEINANZEIGEN

Christian Grantz (UJZ Kleefeld)
vermisst seit Mittwoch 26.9.73
seine schwarze Tasche samt Inhalt.
(Spiegelreflexkamera Topcon Uni,
Elektroblitz Metz 124,paar Tonband
Cassetten).Verloren gegangen auf
dem Weg von Kleefeld zum (oder im)
UJZ Nordtstadt.
Christian Grantz
3 Hannover Kleefeld
Heimchenstrasse 10

Fernseher gesucht
011273 chiffre

Wer verkauft billig Blitzlicht?
021273

Fresse Kollektiv sucht möglichst
gegen garnichts eine elektrische
Schreibmaschine

---

xxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxx

BESTELLSCHEIN ich bestelle die Hannoversche Fresse für ein Jahr
den Betrag von 11,-- habe ich beigelegt.
name adresse pipapo gebe ich hiermit an:.....
.....
die nächste (überarbeitete)adressenliste erscheint frühestens januar.

Der letzte große Revolutionsfilm im Rahmen der kam. Filmtage im

napalm Kino UJZ KORNSTR.

MUTTER

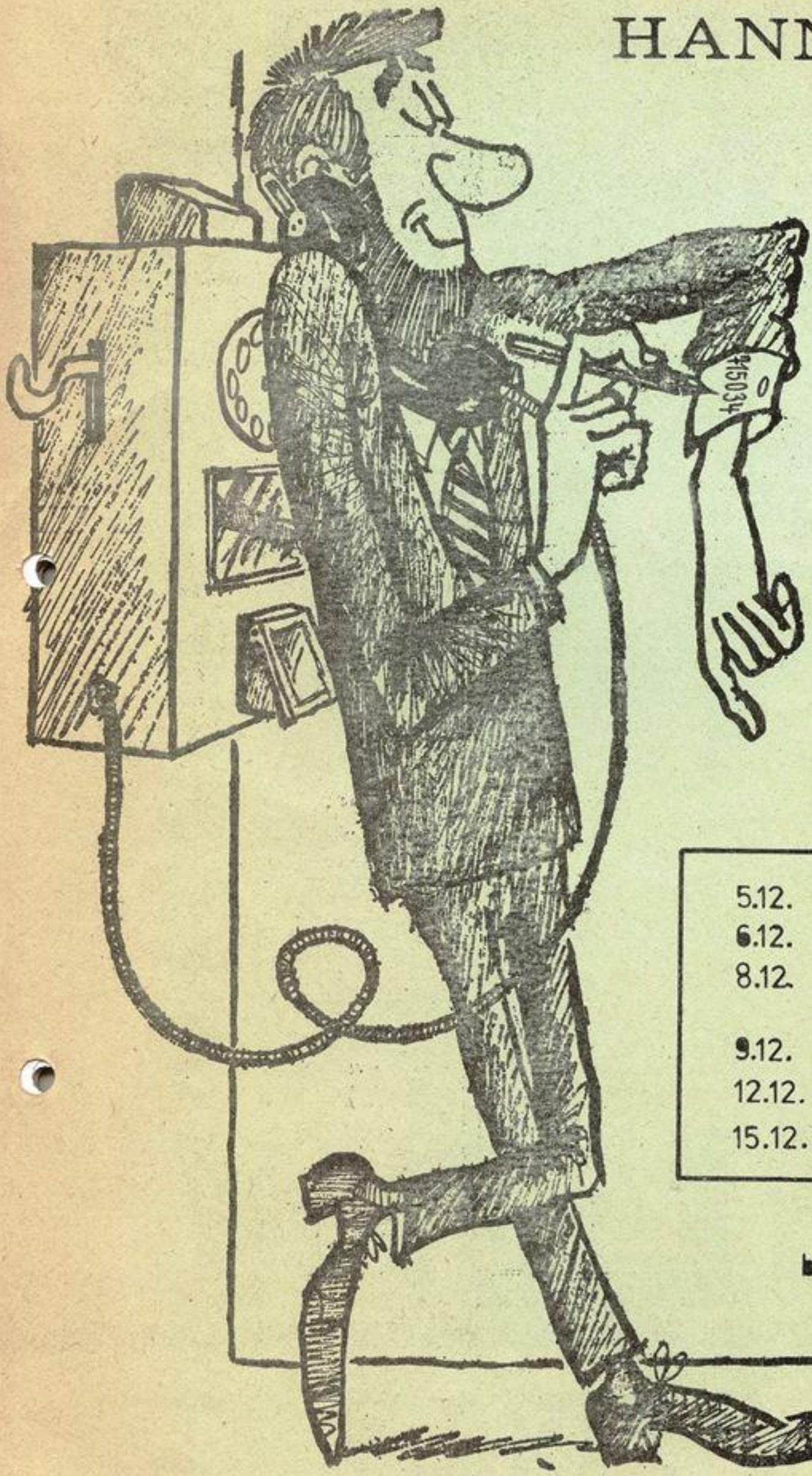
SAMSTAG

15. 12. 73

(Matj)
UdSSR 1926
Regie: Wsewolod Pudowkin
Buch: Nathan Zarkhi
Laufzeit: 66 Minuten

Der Untergang einer Familie im zaristischen Rußland: Nilowna, die Mutter, ist vorzeitig gealtert. Von ihrem Sohn, der dem Anschein nach ein Müßiggänger ist, fühlt sie sich tief enttäuscht. In Wahrheit aber arbeitet Pawel mit den Sozialdemokraten zusammen und nimmt von ihnen sogar Waffen entgegen, die den Arbeitern helfen sollen, wenn ihnen beim nächsten Streik Repressalien drohen. Pawel versteckt diese Waffen unter den Brettern des Fußbodens, wo die Mutter sie entdeckt. Derweil läßt sich der Vater für einige Gläser Wodka von Provokateuren ankaufen, die am nächsten Tag die Anführer eines geplanten Streiks fangen wollen. Im Verlauf dieser Provokation wird der Vater erschossen, während Pawel nach Hause entfliehen kann. Polizisten dringen darauf ins Haus ein und sichern Straffreiheit zu, wenn die versteckten Waffen ausgeliefert werden. Arglos vertraut die Mutter der Polizei, doch als daraufhin Pawel zur Zwangsarbeit verurteilt wird, empört sie sich offen und schlägt sich auf die Seite der politisch engagierten Arbeiter und will auch am kommenden 1. Mai an einer Demonstration teilnehmen. Während dieses Protestmarsches kommt es im Gefängnis zu einem Aufstand und Pawel gelingt die Flucht. Er schließt sich den demonstrierenden Arbeitern an, wird aber schließlich von einer Kugel der heranstürmenden Kavallerie tödlich getroffen. Da übernimmt seine Mutter die Fahne der Arbeiter, doch wird wenig später auch sie ein Opfer des Militärs. - Im Gegensatz zu Gorkis Roman wird so in Pudowkins klassischem Filmwerk die ganze Familie ein Opfer der zaristischen Willkür.

Pudowkin ist die große Gegenfigur zu Eisenstein. Wie Eisenstein gab auch Pudowkin dem sozialen Pathos der Revolution einen Ausdruck, der wesentlich auf dem Stilmittel der Montage basierte. Aber Pudowkins Filme haben einen weicheren, lyrischeren Charakter als die Eisensteins; sie besitzen individualisierte Helden; das erzählerische Moment spielt in ihnen eine stärkere Rolle. Auch ist Pudowkins Anwendung der Montage verschieden von der Eisensteins: Montage ist bei Pudowkin nicht Ausdruck eines Konflikts, sondern einer Kontinuität.



HANNOVERSCHE FILMTAGE VOM 5.12 – 15.12 1973

5.12.	STREIK
6.12.	KUHLE WAMPE
8.12.	PANZERKREUZER POTEMKIN
9.12.	FLAMME ÜBER D. WELT
12.12.	OKTOBER
15.12.	DIE MUTTER

beginn: jeweils 19^{30} + 21^{30}

Büro

Tel.: (0511) 715034

Kornstraße 28

n o t i z e n,n a c h r i c h t e n

Bundeswehr	3
Anschlag auf anwalt	6
Arndtstrasse/prozeß	7
Griechenland	10
Bullenüberfall/wetzlar	12
Aktuelle Nachrichten aus brüssel,liverpool,hamburg, reutlingen,bonn,nürnberg, berlin	14
Terminkalender,kleinanzg.	36

han.fresse i n e i g e n e r s a c h e

	20
Zur Faschismusdiskussion	23
Leserbrief der AKWO	26

j u g e n d z e n t r e n

UJZ Barsinghausen	29
Koordinationsrat	31
Beitrag zum UJZ nordstadt	32
Zum Internationalismus Bladen	34

INALTSVERZEICHNIS S.39

Kleber,die das Fest verschönern: ausschneiden ,hinten raufrotzen (wasser tuts auch), irgendwo hinkleben,wo er freude bringt.Wenn du mehr davon haben willst,liebe schwester lieber bruder,dann kauf dir noch ne zeitung.
weihnachten ist übrigens der übliche arbeitseinsatz im ujz nordstadt!

Frohes Schaffen fressekollektiv

----------hier ausschneiden,rückseite ist gummiert----------

SOZIALDEMOKRATISCHE
GEWALTTÄTER

Willy Brandt:

Friedensnobelpreis-
träger (Komplize v.
Kissinger)

Walter Scheel
FDP
Außenminister

Helmut Schmidt
SPD
Finanzminister

Hans Dietrich Genscher
FDP
Innenminister

Schusswaffengebrauch!

Walter Arendt
SPD
Sozialminister

Georg Leber
SPD
Verteidigungsminister

Gerhard Jahn
SPD
Justizminister

Hans-Jochen Vogel
SPD
Städtebauminister

SCHMIDT/GENSCHER BANDE

Vorsicht Obenstehende lassen von der Schusswaffe Gebrauch machen!!!

Werden gesucht wegen

BEIHILFE ZUM MORD IN CHILE GRIECHENLAND ANGOLA MOCAMBIQUE GUINEA BISSAO
MORD AN PETRA SCHELM GEORG RAUCH THOMAS WEISSBÄCKER

KORRUPZION UMWELTVERPESTUNG KINDESMISSHANDLUNG

FOLTER AN POLITISCHEN GEFANGENEN

AUSBEUTUNG UND UNTRDRÜCKUNG

VORSÄTZLICHER VERBLÖDUNG WEITER TEILE DES VOLKES

ALL DER VERBRECHEN DIE KAPITALISTENKNECHTE ÜBERALL AUF DER WELT VERÜBEN

Für Hinweise, die zur Ergreifung der Gesuchten führen:

D A S G E L D L I E G T A U F D E R B A N K !!!